Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 30. Montag, den 5. Februar 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Sammlungsgelüste.

Gegen die Sozialdemokratie wurde gesammelt vor den Wahlen und während der Wahlen; es wird auch mit verstärktem Eifer gesammelt nach den Wahlen. Vor den Wahlen blies der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg die Sammelflöte, allerdings in recht gedämpften Molltönen und aus einem vorsichtigen Versteck hinter dem Wandschirm der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ heraus. Genutzt hat's auch nur wenig. Während der Wahlen trat dann der Graf v. Posadowsky als Sammelapostel hervor, durch seine Vergangenheit wie durch seine Kandidatur gewissermaßen dazu prädestiniert. War er doch gleichzeitig zum Kandidaten erkoren von den Konservativen, dem Zentrum und den Nationalliberalen. Aber auch außerhalb seines Wahlkreises Bielefeld zog er sammelnd umher. Er sammelte in Köln für das Zentrum; er sammelte in Jena für die Konservativen. Es muß wie ein zweischneidiges Schwert durch seine semmelweiche Sammelseele gegangen sein, daß dort dennoch die Sozialdemokraten gewählt wurden.

Hat aber die Sammelei nur mäßige Erfolge gehabt während der Wahlen, konnte der gegen das herrschende Regierungssystem gerichtete Wille der Wählermehrheit von 7½ Millionen Stimmen nicht völlig in das Gegenteil verfälscht werden, so ertönt der Sammelruf dafür jetzt um so lauter. Bei den Abgeordneten darf er auf ein besseres Echo rechnen als bei den Wählern. Und im Reichstag gar wird mit Hochdruck gearbeitet werden, um die bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zu sammeln. Vertreter der nationalliberalen Partei in der Presse gefallen sich jetzt schon in der Posa-Pose.

Nichts aber ist bezeichnender, als daß der Präsident des Hansabundes, Herr Jakob Rießer, der in der Wahlbewegung mit Posaunenstößen die Mauern des schwarzblauen Blocks berannte, kaum daß die Wahlen vorüber sind und der schwarzblaue Block knapp in die Minderheit gedrängt ist, es für angebracht hält, sich selbst und seine Hansascharen dem schwarzblauen Block als Bundesgenossen gegen die Sozialdemokratie unter gewissen Voraussetzungen für die Zukunft zur Verfügung zu stellen.

Ausgesucht eine Lockung des freikonservativen Dr. Arendt, der in Mansfeld mit knapper Not wieder in den Reichstag gerutscht ist, weil ein Teil der liberalen Wähler in der Stichwahl sich sogar um diesen Arbeiterfeind gesammelt hat, glaubt der Geheimrat Rießer in einer Rede in Hamburg mit folgenden Wendungen beantworten zu dürfen.

„Ich darf erklären, daß es mir leid tut, daß die Sozialdemokratie so stark geworden ist, aber sollte sie sich jetzt nicht in einer Täuschung befinden, wenn sie glauben wollte, auch als größte Fraktion könne sie auf ihrem rein negierenden Standpunkt beharren. Bliebe sie auf ihm, so hätte sie meiner Überzeugung nach nicht nur den Kulminationspunkt erreicht, sondern wäre am Anfang vom Ende angelangt. Eine große Partei kann nicht in bloßer Negation beharren, sie muß, selbst auf die Gefahr einer Spaltung hin, sich an der positiven Arbeit beteiligen. Tut sie das aber nicht, dann allerdings wäre — doch nur unter einer sehr wichtigen Voraussetzung — der Moment der Sammlung gekommen. Das Bürgertum muß Garantien bekommen, daß an die Stelle der heutigen eine gerechte, dem Bürgertum die volle Parität gewährende Regierung tritt, daß mit der Agrardemagogie gründlich und dauernd gebrochen werde. Wenn solche Garantien gegeben werden und die Sozialdemokratie nicht zu einer vernünftigen Arbeiterpartei werden will, dann ist der Moment der Sammlung da.“

Unter zwei Voraussetzungen also will dieser Apostel der bürgerlichen Zukunftssammlung gegen die Sozialdemokratie zur Durchführung verhelfen. Die eine Voraussetzung ist die Bürgschaft dafür, daß die Regierung dem Bürgertum — nicht etwa auch der Arbeiterschaft — volle Parität gewährt. Parität doch wohl mit dem Junkertum, Parität der liberalen mit der konservativen Partei. Das heißt doch, aus bloßem Gerede in das Tatsächliche übertragen, weiter nichts, als daß etwa der Bülow-Block wieder hergestellt wird, nur noch durch Hinzuziehung des Zentrums verschönert. Daß Herr Rießer für die Abwehr der Agrardemagogie recht bescheidene Anforderungen an die Regierung stellt, ist bekannt genug. Als Nationalliberaler steht er auf dem Standpunkt der Aufrechterhaltung des bestehenden Schutzzolltarifs, der auch in seinen bösartigsten agrarischen Nummern von den Nationalliberalen mit geschaffen wurde und heute noch verteidigt wird. Solchen erbetenen Garantien wird der Graf v. Posadowsky mit Freuden seine Zustimmung geben; ihnen würde sogar das Zentrum und die freikonservative Partei geneigt sein, wie die Rede des Herrn v. Kardorff im preußischen Abgeordnetenhause beweist. Schließlich würden auch die Konservativen sich knurrend in die Lage schicken. Wissen Sie doch aus Erfahrung, daß bei Bündnissen mit dem Bürgertum der Löwenanteil immer den Junkern zufällt. Bethmann aber — wer möchte daran noch zweifeln — lauert nur darauf. Ist er doch auch für diese Situation der geborene Platzkleber.

Bleibt noch die zweite Voraussetzung für Rießers Sammelsurium. Gesammelt gegen die Sozialdemokratie soll erst dann werden, wenn nicht unsere Partei sich zu „positiver Arbeit“ bequemt. Was für positive Arbeit soll das sein? Es hieße doch, einen Mann, der glaubt, in unserem politischen Leben eine führende Rolle übernehmen zu können, als einen völligen Ignoranten einschätzen, würde man annehmen, Herr Rießer wolle das Reichsverbandsgeschwätz von der „positiven Arbeit“ wörtlich anwenden. Er muß wissen, daß die Sozialdemokratie ständig in der Reichsgesetzgebung positiv mitgearbeitet hat durch Uranträge und Verbesserungsanträge, und daß sie auch wiederholt Gesetzen zur Annahme verholfen hat, wenn sie nur einigermaßen einen Fortschritt gegenüber den bestehenden Zuständen herbeizuführen schienen. Was unsere Gegner in der Polemik gegen uns mit dem schönen Ausdruck „positive Arbeit“ bezeichnen, kommt, bei Lichte besehen, hinaus auf die Bewilligung der Forderungen für Heer, Marine und Kolonien sowie zur Durchführung der gesamten imperialistischen Politik, für die Herr Rießer und seine Hansen ebenso eingeschworen sind wie die Firma Hertling, Heydebrand u. Ko.

Tatsächlich kommt also Rießers Voraussetzung auf die Drohung an die Adresse der Sozialdemokratie hinaus: Bekehrt euch zum Imperialismus, sonst schwenken wir wieder ab zum antisozialistischen Sammelsurium!

Folgt die Sozialdemokratie nicht insgesamt dieser hansabündlerischen Mahnung, dann hofft der Herr Geheimrat wenigsteins, daß sie sich spaltet, und daß dann ein beträchtlicher Teil der bisher dem Umsturz huldigenden Proletarier allerunterthänigst einschwenkt in den patriotischen Heerbann.

Das also war des Pudels Kern; der Kasus macht uns lachen! Die Hoffnung auf eine Spaltung der Sozialdemokratie schwitzt ja seit Jahren dem verängstigten Liberalismus aus allen Poren. Deshalb werden planmäßig in der liberalen Presse die einen Sozialdemokraten, denen man Neigung zu einer Rießerpolitik zutraut, umschmeichelt, die anderen herabgesetzt. Es wäre ja auch zu nett, wenn die Liberalen durch den Zulauf einer beträchtlichen Spaltungsschar aus den sozialdemokratischen Reihen verstärkt würden. Daß aber Herr Rießer mit jenen beiden Möglichkeiten rechnet, zeigt doch nur, daß er bis zu einem Verständnis der sozialdemokratischen Bewegung noch nicht durchgedrungen ist. Seine Enttäuschung wird bald kommen, und sie wird groß sein. Dann aber wird er in schöner professoraler Entrüstung über die Unbelehrbarkeit dieser vaterlandslosen Gesellen losdonnern und gerührt dem Posadowsky, dem Hertling und dem Heydebrand in die Arme sinken zum Sammlungsbund.

Von diesem schönen Zukunftsbild heute schon den Schleier gelüftet zu haben, ist das unleugbare Verdienst des Herrn Geheimrat Rießer, als er in Hamburg sich in der Posa-Pose blähte.

Politische Rundschau

Deutschland.

Auf dem Wege zur Umkehr?

Die Freikonservativen, die bisher getreue Anhänger des schwarzblauen Blocks gewesen sind, scheinen einzusehen, daß sie sich auf falschem Wege befinden. Im preußischen Dreiklassenparlament haben sie durch den Mund ihrer Führer Zedlitz und Kardorff sich von der konservativen Erpresserpolitik losgesagt und erklärt, daß sie aus dem Ausfall der letzten Wahlen lernen würden. Die Herrschaften sehen eben ein, daß sie völlig aufgerieben werden, wenn sie weiterhin der schwärzesten Reaktion Gesellschaft leisten. Sie haben jetzt im Dreiklassenparlament eine Anzahl Anträge eingebracht, von denen wir die bemerkenswertesten hier registrieren wollen. Sie ersuchen die Staatsregierung,

„dem Landtage in der nächsten Session den Entwurf eines Wohnungsgesetzes zur Besserung der Wohnungsverhältnisse für die unter großstädtischen Verhältnissen lebenden Menschenmassen vorzulegen und eine Untersuchung herbeizuführen, auf welchem Wege durch Maßnahmen der Gesetzgebung den Notständen des städtischen Realkredits ein Ende gemacht werden kann,

das Regulativ, betreffend die Vergütung für Umzugskosten, die den Lehrern und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen aus der Staatskasse zu zahlen ist, dahin abzuändern, daß die Vergütung den für die mittleren Beamten bestehenden Sätzen entsprechend bemessen wird,

im Bundesrate auf eine Abänderung der reichsgesetzlichen Bestimmungen über das Heeresergänzungsgeschäft nach der Richtung hinzuwirken, daß das Ersatzgeschäft vereinfacht und die Möglichkeit gegeben wird, bei der Aushebung die bürgerlichen Verhältnisse und die Mindertauglichkeit der Wehrpflichtigen in weitgehenderem Maße zu berücksichtigen, als dies nach Lage der geltenden Gesetzesvorschriften zulässig ist,

dem Landtage den Entwurf eines Fideikommißgesetzes vorzulegen, durch den das öffentliche Interesse an einer sicheren und klaren Rechtsgrundlage für die Bildung und den Bestand von Fideikommissen, ebenso, wie an der Verhütung von Auswüchsen der fideikommissarischen Bindung, gleichmäßig gewahrt wird.“

Diese Schwenkung nach links ist in der Tat bemerkenswert. Ob bei den Freikonservativen wirklich die ehrliche Absicht besteht, mit den Ultra-Konservativen zu brechen oder ob sie als schlaue Diplomaten versuchen wollen, durch dieses liberale Schillern die Nationalliberalen mehr nach rechts herüberzuziehen — wie diese befürchten —, bleibt abzuwarten. Uns scheint, daß sie nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, diese Abschwenkung vollzogen haben. Natürlich kanzelt sie der Reichsschulmeister mit der weißen Weste, Dr. Oertel, in seinem Organ ganz gehörig ab. Das können wir verstehen!

Den Wahlrechtsräubern

ist ein neuer Retter erstanden und zwar — o Ironie! — in Bismarck, dem Schöpfer des Reichstagswahlrechts. In der reaktionären Presse veröffentlicht ein Freiherr von der Reeke, seines Zeichens Wirklicher Geheimer Rat in Dresden, eine Erzählung, in der er erklärt, daß Bismarck ihm persönlich einmal in gedrückter Stimmung gesagt habe: „Die Einschränkung oder Beseitigung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts ist keine politische Frage, auch keine soziale Frage, sondern — und hierbei schlug der Fürst mit der Faust auf den Tisch — es ist eine Existenzfrage!“ — Es muß traurig genug mit den Wahlrechtsmaulwürfen bestellt sein, daß sie jetzt auf den alten Bismarck zurückgreifen, auf den Mann, der 25 Jahre lang mit dem Reichstagswahlrecht gearbeitet hat, ohne auch nur den Versuch zu machen, es irgendwie anzutasten und der weiter das Dreiklassenwahlrecht als das elendeste aller Wahlsysteme bezeichnet hat!

Graf Roon als — — Demokrat.

Graf Roon, der eben erst in der „Kreuzzeitung“ die Vernichtung des Reichstagswahlrechts gefordert hat, veröffentlicht jetzt in der „Deutschen Tageszeitung“ einen Artikel, in dem sich der folgende bemerkenswerte Satz befindet:

„Und wieder frage ich unter Anrufung der Manen Scharnhorsts: Verlangen die Liberalen und Demokraten, seien sie Reichstagsabgeordnete oder nicht, etwa auch hier gewaltsames Eingreifen, um den Kampfgenossen ihr Wahlrecht zu nehmen?“

Wie kommt Saul unter die Propheten? Ganz einfach, es handelt sich hier nicht um das Wahlrecht proletarischer Kampfgenossen, sondern um das Recht der Offiziere, jüdischen Offiziersaspiranten die Aufnahme in das Offizierkorps zu verweigern.

Auch sonst hat Graf Roon mancherlei „demokratische“ Gründe anzuführen, aus denen den Juden das verfassungsmäßige Recht auf Zugang zu allen Ämtern verweigert werden muß, z. B.:

„Dazu kommt nun auch noch, daß ein Jude nach der ganzen Auffassung und Anschauung unseres gemeinen Mannes nun einmal die nötige Achtung und Autorität zum Vorgesetzten nicht besitzt und nicht besitzen kann.“

Es wäre zu untersuchen, ob die hochnäsigen und geistig oft stark zurückgebliebenen Standesgenossen des Grafen Roon „nach der ganzen Auffassung des gemeinen Mannes“ zur Offiziersstellung besonders qualifiziert sind. Aber danach wird freilich nicht gefragt. Um den Soldaten die nötige Achtung vor ihren junkerlichen Vorgesetzten beizubringen, dazu hat man ja das — Militärstrafgesetzbuch!

Nun ist's heraus.

In einer Korrespondenz des Oertel-Blattes aus Dresden wird zu erklären versucht, warum die Nationalliberalen in der sächsischen Residenz in der Stichwahl unterlegen sind:

„In Dresden spielen eigentümliche Verhältnisse mit, die man kennen muß, um die politische Stimmung beurteilen zu können. Der sog. Bodmanismus, d. h. das eigenartige Entgegenkommen regierender Kreise gegen die Sozialdemokratie, hat schon das seinige getan, um die

Angehörigen auch der sog. besseren Stände für die Wahl eines Sozialdemokraten geneigt zu machen. Jedenfalls ist auch in Dresden die Überzeugung, daß man mit der Wahl eines Sozialdemokraten etwas Unpatriotisches tue, in weiten Kreisen längst geschwunden. Was soll man z. B. zu folgendem sagen: Zwischen der Haupt- und Stichwahl fand in dem ersten Kreise Dresdens irgendwo eine Einladung statt, an der auch hohe Beamte der Regierung teilnahmen. Einem von ihnen klagte jemand seine Sorge, daß die Stichwahl zugunsten der Sozialdemokratie ausfallen könnte, und er meinte, hoffentlich macht man Sr. Majestät die Freude, die Residenz vor einem Vertreter des Umsturzes zu bewahren. Darauf erwiderte der Betreffende: in Sachsen sei das monarchische Gefühl sowieso im Erblassen, da brauche man sich nicht weiter aufzuregen."

Diese Notiz wird den ganz besonderen Schmerz Knuten-Oertels erwecken. Dem armen Mann, der 1903 durchgefacht ist und 1912 auch nur eben mit Ach und Krach gewählt worden ist, muß hierbei doch der Gedanke kommen, daß man auch von ihm in Sachsen nicht viel wissen will.

Sehr richtig!

Der englische Schatzkanzler Lloyd George hielt Sonnabend in London eine Rede, in der u. a. sagte:

„Ich glaube, daß es im Interesse Frankreichs, Deutschlands und Rußlands wie auch in unserm eigenen liegt, daß ein besseres Verstehen zwischen den Nationen besteht. Das, glaube ich aufrichtig und zuversichtlich, ist erreichbar. Die Welt würde dadurch besser und reicher werden, die Steuern würden herabgesetzt werden und alles Geld, das an den Rüstungen gespart würde, könnte dazu benutzt werden, die Hilfskräfte des Landes zu entwickeln und die Lage des Volkes zu verbessern. Der Eckstein guter Finanzen ist Friede auf Erden und gegenseitiger guter Wille unter den Menschen."

Man kann diesen Ausführungen rückhaltlos zustimmen und nur wünschen, daß sie endlich einmal bei den anderen Mächten auf fruchtbaren Boden fallen. Soweit allerdings Deutschland in Frage kommt, darf man sich nicht allzu großen Hoffnungen hingeben. Die maßgebenden Kreise Deutschlands, einschließlich der Liberalen, schwärmen ja bekanntlich für den Rüstungswahnsinn, solange sie selbst nicht allzu sehr ins Portemonnaie hineinzugreifen brauchen.

Kinderken, vertragt Euch!

Die „Nordd. Allgem. Zeitung", das Organ des langen Kanzlers, mahnt zum Frieden in folgenden Worten:

„Die Wahlbetrachtungen der Parteipresse haben die Flut der gegenseitigen Vorwürfe noch nicht erschöpft, doch klingen schon hier und da in die leidenschaftlichen Erörterungen des Vergangenen besonnene Stimmen hinein, die an die bevorstehenden gemeinsamen Aufgaben mahnen. Wenn es sich dabei auch zunächst um eine Prüfung des Terrains handelt, so verzeichnen wir doch gern solche Ansätze, die für die Entwicklung der Beziehungen unter den staatserhaltenden Parteien wertvoll werden können. In der praktischen Parlamentsarbeit wird sich bald herausstellen müssen, ob der Wille der Parteien stark genug ist, um die Erbitterung der letzten Jahre, die in der Wahlagitation kulminierte, zu überwinden. An Angriffen auf die Regierung hat es in der Presse auch weiterhin nicht gefehlt. Auch in den Etatsdebatten des Abgeordnetenhauses sind ihr zahlreiche Vorwürfe gemacht worden. Die Verhandlungen im Reichstag werden der Regierung Gelegenheit geben, sich mit ihren Kritikern auseinanderzusetzen."

In der Hauptsache ist diese Mahnung an die Nationalliberalen gerichtet. Und diese werden schon, wenn sich ihnen dazu nur irgendwie Gelegenheit bietet, den Mahnungen des Kanzlers Rechnung tragen. Ihnen ist es doch angenehmer in der schwarzblauen Gesellschaft als in der roten.

Die Ablehnung der preußischen Wahlreform

durch den Scharfmacherminister v. Dallwitz hat nicht nur die preußischen Junker, sondern auch die Schwerindustrie befriedigt. Das konnte man sich denken. Hier marschieren Kraut- und Schlotjunker Arm in Arm.

Trimborn kehrt wieder.

Das Zentrumswahlkomitee des Wahlkreises Siegburg-Waldbröl beschloß, die von dem Abg. Dr. Becker angebotene Mandatsniederlegung anzunehmen und Herrn Trimborn als Reichstagskandidaten aufzustellen.

Das neue Staatsangehörigkeitsgesetz.

Der Bundesrat hat den Entwurf eines neuen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes, das seit langer Zeit erwartet wurde, angenommen, und der Entwurf wird dem Reichstage sofort nach seinem Zusammentritt zugehen. Bisher verlor ein Deutscher seine Staatsangehörigkeit, wenn er sich 10 Jahre im Auslande aufhielt, wenn sein Name nicht in die Matrikel der Vertretung seines Heimatlandes eingetragen worden war. Auf diese Weise haben viele Deutsche im Auslande ihre Staatsangehörigkeit verloren, weil sie von den bestehenden Bestimmungen überhaupt keine Kenntnis hatten. Der Entwurf sieht nun vor, daß der Verlust der Reichsangehörigkeit erschwert und ihr Wiedererwerb erleichtert wird. Die Vorlage geht davon aus, daß der Verlust der Staatsangehörigkeit nicht durch Versäumung einer Formalität herbeigeführt werden soll, sondern durch Umstände bedingt sein muß, die den Willen des Betreffenden, seinem Vaterlande nicht weiter anzugehören, deutlich erkennen lassen. Dieser Wille kann selbstverständlich nicht nur ausdrücklich, also durch einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsangehörigkeit erklärt werden; vielmehr genügt ein Verhalten des Beteiligten, das mit dem staatsrechtlichen Verhältnisse zu seinem Vaterlande nicht zu vereinigen und daher als Verzicht auf die Staatsangehörigkeit anzusehen ist. Ein solches Verhalten erblickt der Gesetzentwurf in dem Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit und in der Nichterfüllung der Wehrpflicht. Eine Ausnahme wird insofern gemacht, als solchen Deutschen, die durch Rücksicht auf Erwerbsverhältnisse gezwungen sind, eine fremde Staatsangehörigkeit zu erwerben, die Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit genehmigt werden kann. Der Verlust der Staatsangehörigkeit tritt unter allen Umständen dann ein, wenn ein im Ausland lebender Deutscher bis zum Ablauf seines 31. Lebensjahres seine Militärverhältnisse nicht ins reine gebracht oder sich der Fahnenflucht durch Entfernung oder Fernbleiben von der Truppe schuldig gemacht hat. Um den Deutschen im Auslande die Erfüllung ihrer Militärpflicht zu erleichtern, ist in einem Gesetzentwurf zur Abänderung des Reichsmilitärgesetzes vorgesehen, daß überseeische Deutsche unter Umständen von der aktiven Dienstpflicht ganz befreit werden können, eine Möglichkeit, die auch auf die im europäischen Auslande lebenden Deutschen ausgedehnt werden soll. Ferner sind noch insofern Erleichterungen vorgesehen, als die Dienstpflicht auch bei den Schutzgebietstruppen erfüllt werden kann. In Zukunft soll bei der Wiederaufnahme aller ehemaligen Deutschen und ihrer Nachkommen von dem Erfordernisse der Niederlassung im Inlande abgesehen werden. Eine weitere Vorschrift in dem Entwurf sieht vor, daß Witwen und geschiedene Ehefrauen, die ihre Staatsangehörigkeit durch Verheiratung mit einem Ausländer verloren haben, nach Auflösung der Ehe wieder in den früheren Staatsverband zurückkehren können.

Die keifende Alte.

Die „Nordd. Allgem. Ztg." fällt in ihrem letzten Wochenrückblick wie ein fauchender Kater über die ††† Sozialdemokratie her und versucht, den bürgerlichen Parteien klar zu machen, daß diese leicht zu überwinden sei, wenn nur die bürgerlichen Parteien zusammenstehen. — Wir wollen der alten Schachtel das Vergnügen, die Sozialdemokratie zu begeifern und die Hoffnung von der Überwindung der Sozialdemokratie nicht rauben. Ein jedes Tierchen hat ja sein Pläsierchen!

Auf der Suche nach dem Ausnahmegesetz.

Wie die Berliner „Morgenpost" aus Stuttgart zu berichten weiß, haben die Vertreter mehrerer norddeutschen Staaten im Bundesrat eine weitgehende Bekämpfung der Sozialdemokratie durch reichsgesetzliche Bestimmungen" angeregt. Diese Bestrebungen sind aber bei den süddeutschen Regierungen auf Widerstand gestoßen. Die württembergische sowohl wie die badische Regierung stimmten nur einem Schutz der Arbeitswilligen gegen „terroristische Ausschreitungen" zu, lehnten aber jede gesetzliche Beschränkung der Koalitionsfreiheit entschieden ab.

So offenbart sich die gänzliche Hilflosigkeit der norddeutschen Junkerstaaten gegenüber der Volksbewegung immer mehr! Wer sind denn eigentlich die „mehreren" norddeutschen Staaten? Ist der Bethmann und der Dallwitz dabei, oder sind es die Hansestädter, Sachsen, Mecklenburger oder die Reuß-Greizer? Haben sie Angst vor ihrer eigenen Courage, daß sie sich so verstecken? Im Reichstage werden sie ja doch Rede und Antwort stehen müssen. Da nach Cavour mit dem Ausnahmezustand jeder Esel regieren kann, dürfen die Wählermassen, die den Herren ihr Mißtrauen so deutlich zu verstehen gaben, ihre helle Freude an dem politischen Bankrott haben, der von den „norddeutschen" Regierungen mit dem ausnahmegesetzlichen Geheimtreiben angesagt wird. Am Block der Volksunzufriedenheit werden alle diese Pläne kläglich zerschellen.

Die Reichstagsnachwahl im Wahlkreise Pleß-Rybnik

hat wieder mit dem Siege des Polen geendet. In der Hauptwahl war Graf Mielczynski doppelt gewählt worden, es legte in Pleß-Rybnik nieder und an seiner Stelle wurde nunmehr am Sonnabend der polnische Kandidat Pospisch mit 17 473 Stimmen gewählt. Ein Reichsparteiler erhielt 5995, ein Zentrumskandidat 5402 und der sozialdemokratische Kandidat 1882 Stimmen. Der Kreis war bisher immer polnisch vertreten.

Armer Bülow.

Die Regierung nimmt Bülow jetzt in der „Nordd. Allg. Ztg." ob der gegen ihn erhobenen Vorwürfe in Schutz. Das hat Bülow sich auch wohl nicht träumen lassen, daß Bethmann-Hollweg ihn noch mal in Schutz nehmen würde.

Bayerische Eidbrecher.

Aus Bayern, am Vorabend der Landtagswahlen, erhält die „Kreuzzeitung" folgendes verzweifeltes Stimmungsbild:

„Der Landtagswahlkampf in Bayern nimmt recht sonderbare Formen an. Die Intimität zwischen Liberalen und Sozialdemokraten geht so weit, daß beide Parteien gemeinschaftliche Versammlungen abhalten. So z. B. in einem pfälzischen Ort, wo als erster Redner der sozialdemokratische Kandidat, als zweiter ein liberaler Rechtsanwalt und Leutnant der Reserve sprach. Die höchsten Beamten treten offen für die Sozialdemokratie ein. So berichtet im demokratischen Würzburger „Journal" ein Mitarbeiter, ein vormaliger bayerischer Minister habe zu ihm eine Stunde nach der Landtagsauflösung gesagt: „Das ist der schönste Tag meines Lebens; nun werden Sie sich doch mit den Sozialdemokraten für die Neuwahl einigen!" Und die liberale Landtagskorrespondenz teilt Einzelheiten mit über ein Gespräch des früheren Ministers Grafen Feilitzsch mit Freiherrn v. Pechmann. Danach machte Graf Feilitzsch dem Führer der bayerischen Reichspartei Vorhalte über seine „unzeitgemäße" konservative Sonderpolitik. Darauf erwiderte Freiherr v. Pechmann: „Ja, wollen Sie wirklich einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgeben?" Graf Feilitzsch: „Warum nicht! Wenn ich z. B. in Bamberg etwas zu bezahlen habe, dann zahle ich das Geld in München bei einer Bank ein und lasse es durch sie in Bamberg an die betreffende Firma überweisen. Genau so mache ich es bei den Landtagswahlen. Würde ich meine Stimme einem Reichsparteiler oder einem Konservativen geben, so wäre meine Stimme wertlos. Gebe ich sie aber zum Beispiel einem Sozialdemokraten, so weiß ich, daß nach dem Abkommen der Minderheitsparteien der Sozialdemokrat in Bamberg oder sonstwo dafür seine Stimme meinem liberalen Parteifreunde gibt, so mache ich meine Stimme nutzbar. Meiner politischen Überzeugung vergebe ich nicht das mindeste!"

So rühmt sich ein Exminister und hoher Aristokrat seiner sozialistenfreundlichen Gesinnung! Infolge solcher Äußerungen höchster Persönlichkeiten wird natürlich dem Großblock, auch Grobblock genannt, die Agitation sehr leicht gemacht. Es herrscht eine wahre Sozialistentollheit in Bayern."

Alle diese Leute hat der preußische Minister v. Dallwitz als Eidvergessene, Eidbrecher, Lügner und Heuchler beschimpft. Was hilfts? Preußische Autorität gilt nichts im bayerischen Vaterlande! Und wenn sich ein preußischer Polizeiminister durch sein ohnmächtiges Keifen bis auf die Knochen blamiert, gibt's am Ende dort noch Leute, die roh genug sind, darüber zu lachen.

Kleine politische Nachrichten.

Das persische Kabinett hat demissioniert. Man will englischer- und russischerseits willfährige Puppen haben. — In Mexiko wurde der Leiter einer Bergbaugesellschaft, ein Amerikaner, von den Aufständischen entführt. In Mexiko wurde Gomez zum provisorischen Präsidenten proklamiert. Die Lage wird als sehr ernst betrachtet, eine neue Besetzung der Grenze wird erwartet. — Aus China laufen widersprechende Meldungen ein. Nach der einen hat der Thron jetzt abgedankt, nach der anderen trifft das nicht zu. Die Eisenbahnbrücke bei Tschentzulin wurde gestern früh 3 Uhr gesprengt. Der 8-Uhr-Personenzug von Schanhaikwan nach Mukden entgleiste, eine Anzahl Passagiere wurde getötet, die Telegraphendrähte wurden zerschnitten. Die chinesische Polizei versuchte zwanzig aus Dairen in Mukden eingetroffene Revolutionäre, die in einem japanischen Hotel abgestiegen waren, zu verhaften, doch leistete die japanische Polizei Widerstand. Auf die Forderung der japanischen Behörden hin befahl Generalgouverneur Tschaoerhsün den Chinesen, die japanische Konzession zu räumen. — Eine revolutionäre Truppe ist in Tsimo innerhalb des neutralen Territoriums bei Kiautschou angelangt. Die Deutschen haben gegen diese Verletzung des Kiautschou-Vertrages protestiert.

Schweiz.

Die Vernunft siegt. Die staatliche Unfall- und Krankenversicherung wurde gestern in der Volksabstimmung mit 282 000 gegen 232 000 Stimmen angenommen. Gegen die staatliche Versicherung hatten, insbesondere die privaten Versicherungsgesellschaften und viele Gewerbetreibende eine scharfe Agitation betrieben.

Frankreich.

In der Luft voran. Der Kriegsminister Millerand wird dem Parlament einen einheitlichen Gesetzentwurf für das gesamte Luftschiffwesen zugehen lassen. Darin werden außer einer Kreditforderung von 23 Millionen Francs andere Forderungen enthalten sein, die sich u. a. beziehen auf die Schaffung eines Luftschiffer-Regiments, den Fliegeroffizieren zu gewährende Vergünstigungen und die Einrichtungen provisorischer Luftschiffhäfen. Ein provisorischer Luftschiffhafen soll in Verdun errichtet werden, von wo aus vom 15. März ab Flüge unternommen werden sollen. Das kann ja noch gut werden! Denn selbstredend wird nun Deutschland auch eine ganze Anzahl Millionen für den Luftmilitarismus aufbringen müssen. So will es der Rüstungswahnsinn!

Portugal.

Zwei vaterlandslose Gesellen. Am Mittwoch fand in einem Gasthause zu Dover eine Zusammenkunft zwischen dem Exkönig Manuel von Portugal und seinem Vetter, dem Thronprätendenten Miguel von Braganza, statt. Dom Manuel hatte sich eigens zu diesem Zwecke nach Dover begeben. Dom Miguel bot Manuel aus eigenem Antrieb an, ihn in jeder Weise bei seinen Bemühungen zur Wiederherstellung der Macht zu unterstützen. Der Zustand der Anarchie, in den sich nach beider Meinung die Republik Portugal gestürzt hat, war die Ursache ihrer Versöhnung. Übrigens hatten sich beide nie zuvor gesehen, aber schöne Seelen finden sich bekanntlich immer.

Persien.

Das Ende vom Liede. Wir berichteten Sonnabend, daß Rußland und England Persien einen größeren Vorschuß geben wollen. Natürlich geschieht das nicht umsonst. Das Petersburger Blatt „Rjetsch" bestätigt aus amtlicher Quelle das Gerücht von neuen Verhandlungen zwischen Rußland und England über Persien. Sie sollen Erweiterungen der Rechte beider Mächte in den ihnen durch das Abkommen von 1907 zugewiesenen Zonen betreffen. Beide Mächte beabsichtigen, getrennte Aufsichten über die Maßnahmen der persischen Regierung einzurichten, derart, daß diese ohne ihre Zustimmung unwirksam sind; ferner sollen die Verwaltung und die Armee mit russisch-englischem Kapital umgestaltet werden. Man betrachtet in Petersburg die Eröffnung neuer Verhandlungen als den Beginn der Aufteilung Persiens.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 5. Februar.

Achtung, Müller, und Mühlenarbeiter! Wegen Maßregelung eines Kollegen haben 20 Müller und Mühlenarbeiter der Grützmühle H. und J. Brüggen, Hafenstraße, die Arbeit eingestellt. Zuzug ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Mühlenarbeiter befindet sich im Gewerkschaftshaus, und ist von 9 bis 7 Uhr geöffnet.

Die Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet morgen abend im Gewerkschaftshaus statt. Wir machen darauf nochmals aufmerksam.

Das Mandat zum Reichstag wird zur Versorgungssache — bei den Sozialdemokraten, so behauptet das wegen seiner Ehrlichkeit berüchtigte lübsche Amtsblatt, weil sich unter den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten eine ganze Reihe von Parteisekretären befindet. Natürlich leben

diese in Berlin anwesend; auf Grund ihrer Legitimation als Abgeordnete erhalten sie überall in den ersten Hôtels und Restaurants Gratisverpflegung und Unterkunft. Den bürgerlichen Abgeordneten, die doch gleichfalls nur 3000 Mk. erhalten, mutet man hingegen durch die Übernahme eines Mandats große Opfer zu. In den Kreisen gilt ein Reichstagsmandat gleich 5 Jahren Zuchthausstrafe, verschärft durch Amorsäle usw. Man sollte doch den sozialdemokratischen Abgeordneten kurzweg die Diäten entziehen, und sie den nationalliberalen zulegen; die sollen doch auch versorgt werden.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Januar auf 1281 (1251), die der Besucher auf 1372 (1417). — Die eingeklammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 132 Personen. Mithin sind im Monat Dez. **1099 (1116) neue** Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1360 (1353), darunter nach auswärts schriftlich 49 (47). Von den Besuchern waren organisiert 670 (732) Personen, und zwar gewerkschaftlich 396, politisch 36, gewerkschaftlich und politisch 238. Unter den verbleibenden 762 Nichtorganisierten befinden sich 224 Angehörige von Organisierten und 26 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 950 (999) männlich, 401 (385) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1179 (1180); selbständige Gewerbetreibende, Beamte, Bauern 2c. und deren Angehörige 172 (204); Vereine, Organisationen und Behörden 21 (33). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 1050 (1080) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 119 (107), Oldenburg 79 (77), Mecklenburg 57 (73), Preußen 62 (68), und sonstwo 5 (12). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 268 (288), Arbeits- und Dienstvertrag 267 (251), bürgerliches Recht 513 (512), Strafrecht 123 (99), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 150 (142), Arbeiterbewegung 15 (30), Privatversicherung 18 (13), Handels- u. Gewerbesachen 10 (7), Verschiedenes 1 (11). Von den Auskünften machten 230 (214) die Anfertigung von 305 (289) Schriftsätzen erforlich; außerdem gingen aus 57 (26) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 185 (181) Postsendungen. Der 2. Janr. zeigte mit 103 (99) die höchste, der 19. Januar mit 40 (43) die niedrigste Besucherzahl.

Der Beamte und der Staat. Unter dieser Überschrift bringt nun auch der hiesige „General-Anzeiger" einen Artikel, in dem das Thema erörtert wird, ob ein Beamter Sozialdemokrat sein kann oder nicht. Da der „General-Anzeiger" unter dem falschen Deckmantel der Unparteilichkeit die Geschäfte aller Reaktionäre zu besorgen hat, so wird sich niemand darüber wundern, wenn er in trauter Übereinstimmung mit den reichsverbändlerischen „Lübeckischen Anzeigen" zu dem Schlusse kommt, ein Beamter darf nicht Sozialdemokrat sein. Darüber, ob die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels schon nicht mit der Stellung eines Beamten verträglich ist, äußert sich der Artikel vorsichtigerweise nicht, in dem ausgesprochen wird:

„Gerade durch seinen Amtseid hat er (der Beamte) sich das heilige, unveräußerliche Recht erworben, eine eigene Meinung zu haben, auf Fehler, auf Irrtümer, auf Rückständigkeiten aufmerksam zu machen, damit begangene Fehler beseitigt, Irrtümer berichtigt, Rückständigkeiten aufgegeben werden. . . . Also nur durch den größten Freimut erfüllt man seinen Amtseid am gewissenhaftesten, weil hieraus nur Segen fließen kann. Denn nur wenn eine Krankheit klar erkannt wird, kann sie vom Arzt geheilt werden; also auch nur, wenn Staatskrankheiten als solche klar bezeichnet werden, kann eine Heilung, eine Besserung, eine Förderung des Staates herbeigeführt werden. Darum sei es noch einmal hervorgehoben, der Diensteid hindert den Beamten durchaus nicht, nach Recht und Gewissen freimütig zu reden und zu handeln, sondern dieser Eid ist ihm ein Grund mehr, stets die Wahrheit zu sagen, stets für Recht, Freiheit, Gesittung, Förderung alles Guten mit Wort und Tat einzutreten."

Wenn man die Worte liest, sollte man glauben, die einzig mögliche Konsequenz derselben wäre die uneingeschränkte Gewissensfreiheit der Beamten. Das würde aber garnicht in den sozialistenfeindlichen Rahmen des „General-Anzeigers" hineinpassen. Wir treten selbstverständlich dafür ein, daß ein Beamter nach Recht und Gewissen — also nach seiner besten Überzeugung — handeln darf. Ist er konservativ, gut, so mag er sein Heil bei dieser Partei suchen; ebenso, wenn er liberal ist bei den Liberalen. Warum soll denn aber ein Beamter, der verständig genug ist, um einzusehen, daß seine und die Interessen der großen Mehrheit des Volkes von der Sozialdemokratie am besten gewahrt werden, nicht sozialdemokratisch gesinnt sein dürfen? Die Antwort des „G.-A." auf diese Frage lautet:

„Die sozialdemokratische Partei will den Staat, unsern Staat, dem wir den Treueid geschworen haben, nicht fördern, nicht bessern, nicht kräftigen, sondern schwächen, stürzen, vernichten. Da kann und darf der Beamte nicht mitmachen, das verbietet ihm allerdings sein Diensteid. Wenn er mit den Feinden des Staates, dem er den Treueid geleistet hat, gemeinsame Sache macht, so bricht er die Vasallentreue, so übt er Verrat an dem Staate, von dem er Amt und Brot empfangen hat."

Wer behauptet, die Sozialdemokratie will den Staat nicht fördern, nicht bessern, nicht kräftigen, sondern schwächen, der versteht entweder vom Wesen und Wollen der Sozialdemokratie nichts, oder er schwindelt den Leuten wider besseres Wissen etwas vor. Das Streben der Sozialdemokratie ist gerade darauf gerichtet, den Staat so zu bessern, ihn so umzugestalten, daß sich alle seine Einwohner darin wohl fühlen können. Auf solche Weise wird der Staat auch nicht geschwächt, sondern im Gegenteil gestärkt. Und dann noch eins: gibt nicht auch die liberale Partei vor, daß sie den Staat nach ihrem Programm ummodeln will. Darf ein Beamter unter solchen Umständen mit den liberalen Feinden „unseres" Staates gemeinsame Sache machen oder verübt er auch dadurch Verrat an dem Staate, von dem er Amt und Brot empfangen hat. Die Konservativen werden sicher dieser Ansicht sein, die Liberalen, die in Lübeck mit den Stimmen der Beamten Geschäfte machen wollen, natürlich nicht. Das Leitmotiv, welches bei den Erörterungen der bürgerlichen Presse über die Frage, was ein Beamter auf politischem Gebiet tun oder lassen darf, scharf hervortritt, ist nichts als ganz gewöhnlicher Stimmenfang. Das wissen auch die Beamten und deshalb machen sie sich nichts daraus. Beschämend ist nur, daß man dem charakterlösenden Grundsatz: „Wes Brot ich eß, des Lied ich sing'" auch im politischen Leben zur Geltung verhelfen möchte. Die Überzeugung ist des Mannes Ehre; sein Brot erhält er für geleistete Arbeit, nicht für seine Gesinnung. So sollte es wenigstens sein.

Zu dem gleichen Thema schreibt übrigens am Sonnabend wieder der frühere liberale Reichstagsabgeordnete Dr. Potthoff im „Berliner Tageblatt" in einer Polemik gegen den preußischen Minister Dallwitz, daß dessen Vorgehen gegenüber hervorzuheben sei,

„daß der Beamte durch den öffentlichen Dienst seiner Staatsbürgerrechte nicht in höherem Maße verlustig gehen darf, als durch Gesetz ausdrücklich vorgeschrieben ist (Wahlrecht der Militärpersonen) oder sich aus der Natur des Amtes ergibt (politische Beamte, Bismarcks Erlaß); daß die Verleihung des Wahlrechtes an die Beamten nur dann Sinn hat und erträglich ist, wenn die Beamten nach eigener Überzeugung stimmen, nicht der Minister durch die Beamten Zehntausende von Stimmen abgeben darf; daß der Beamte sein Stimmrecht als Staatsbürger ausübt, nicht als Beamter; daß er nicht der Person des Fürsten verpflichtet ist, sondern dem von diesem repräsentierten Staate; daß er nicht seine politische Überzeugung dem herrschenden Kurse oder den zufälligen Anschauungen seiner Vorgesetzten verkauft; daß also die einfache Ausübung der durch Verfassung und Gesetz den Beamten gegebenen Bürgerrechte nicht auf dem Disziplinarwege beschränkt, untersagt oder bestraft werden darf.

Interessant ist auch folgende Gegenüberstellung der Meinungsäußerungen zweier deutscher sozialistenfeindlicher Staatsmänner über das Wahlrecht der Beamten:

Minister **v. Dallwitz** am 31. Januar 1912.

„. . . Ein Beamter, der seinem Landesherrn den Treueid geleistet hat, bricht diesen Eid (sehr richtig! rechts) in dem Augenblick, in dem er mittelbar oder unmittelbar die Bestrebungen einer antimonarchischen Partei zu fördern unternimmt. (Sehr richtig! rechts.) Wenn ein Beamter noch Gefühl für Ehre, Anstand und Gewissen hat, so wird er in dem Augenblick, wo er glaubt, sich der Sozialdemokratie anschließen zu müssen, durchaus die Konsequenzen ziehen und aus seinem Amt ausscheiden. (Bravo! rechts.) Tut er das nicht, dann wird er zum Eidbrecher und Heuchler. (Bravo! rechts.) Das kann nicht geduldet werden."

Reichskanzler **Fürst Bismarck** am 24. Januar 1882:

„Daß ein Beamter in seiner eigenen Wahl sich seines Eides erinnern sollte, das wird gar nicht verlangt; seine eigene Wahl, die Ausübung seines Wahlrechts ist vollständig frei, sie wird nicht berührt, sondern es ist ja ausdrücklich im Erlaß gesagt: „Mir liegt es fern, die Freiheit der Wahlen zu beeinträchtigen". . Er mag in seinem Herzen und in seinem verdeckten Stimmzettel sein Votum geben, für wen er will, danach wird nicht gefragt. Das wird niemals ein Grund sein, nämlich die Ausübung des eigenen Wahlrechts, gegen einen Beamten einzuschreiten. Man würde sich schon genieren, ihm zu sagen, daß das der Grund sei, und ich würde nie dazu die Hand bieten."

Fürst Bismarck war gewiß ein Beamter, der es mit seinem Diensteid genau genug nahm. Trotzdem ließ er einst, als die Konservativen in Frankfurt am Main ihn um eine Stichwahlparole baten, telegraphieren: „Fürst wünscht Sabor" (das heißt den sozialdemokratischen Kandidaten). Ist Fürst Bismarck dadurch eidbrüchig geworden? Hätte er, nach Herrn v. Dallwitz' Theorie, vor Erteilung des Rates seinen Abschied nehmen müssen? Und was sagen unsere Lübecker Liberalen dazu?

Die Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. Februar 1912 22 550 Mitglieder gegen 20 657 im Jahre 1911. Auf Männer entfielen davon 15 397 (1911 14 109), auf Frauen 7153 (1911: 6548). Erwerbsunfähigkrank waren am letzten Januar 1911: Männer 620 (1911: 509) und Frauen 373 (1911: 300). Ausweisscheine für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Jan. 2160 (1911: 2121) erteilt. Sterbegeld wurde im Januar für Mitglieder in 16 Fällen, für Angehörige in 31 Fällen gezahlt. Übertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die satzungsmäßigen Verhaltungsvorschriften waren in 24 Fällen mit Strafe zu belegen. Wegen verspäteter Meldung zur freiwilligen Fortsetzung der Mitgliedschaft im Anschluß an die beendete versicherungspflichtige Beschäftigung haben im Jan. 20 Abweisungen erfolgen müssen. Die freiwilligen Kassenbeiträge müssen Mittwochs und Donnerstags tunlichst in den Vormittagsstunden entrichtet werden.

ff. **Der Sanitätsverband der freien Hilfskassen Lübecks** hielt am 1. Februar seine ordentliche Generalversammlung ab. Nicht vertreten waren die Kassen der Drechsler, Bäcker und „Thalia". Der erste Teil der Tagesordnung: „Wie stellen sich die freien Hilfskassen zur Reichsversicherungsordnung?" wurde zurückgestellt, doch soll im Laufe des Monats eine außerordentliche Versammlung mit der gleichen Tagesordnung einberufen werden. Dem Geschäftsbericht, den der Vorstand gab, ist folgendes zu entnehmen: Der Verband hielt im Jahre 1911 4 Generalversammlungen, 13 Vorstandssitzungen und 10 Ärztekommissionssitzungen ab. In den Generalversammlungen fehlten je viermal die Drechsler und Schiffsbauer, je zweimal die Maurer (Lokal) und Bäcker (Zentral), einmal die Maler. Dem Verbande gehörten am Schlusse des Jahres 15 Kassen mit 6275 Mitgliedern an. An Arztehonorar wurden 36 512,17 Mk. verausgabt. Die Zahl der versicherten Familien betrug 3168. An Krankenscheinen wurden 4736 verausgabt, im Durchschnitt pro Tag 15, gegen 13 im Jahre 1910. Der Medizinkasse gehörten am Jahresschluß 1516 Familien an. Die Kasse hatte im Jahre 1911 eine Mehrausgabe von 1518,96 Mk. Aus dem Invalidenfonds erhielten 13 Invaliden Unterstützungen von 215 Mk. An die Walderholungsstätte Wesloe wurden für 6 Mitglieder 112 Mark gezahlt. Die Abrechnung für das 4. Quartal ergab an Einnahme für die Familienversicherung 3807,97 Mk., an Ausgabe 3773,56 Mk., Mehreinnahme 34 41 Mk; die Einnahme der Medizinkasse betrug 2019,20 Mk., die Ausgabe 2708,50 Mk., Mehrausgabe 689,30 Mk. Das Vermögen des Invalidenfonds betrug 582,74 Mk., Ausgabe 327 Mk., Vermögen 255,74 Mk. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl der ausscheidenden Mitglieder und zwar: F. Reppenhagen, 1. Vorsitzender; A. Wettendorff, 1 Schriftführer; G. Lorenz, 2. Kassenführer. Als Revisoren wurden Neugebauer, Ziehm und Petersen gewählt. In die Ärztekommission wurden Reppenhagen, Wettendorff, Lorenz, als Ersatzmann Lippert gewählt. Ein Antrag des Vorstandes, den Beitrag der Medizinkasse ab 1. April pro Monat um 10 Pfg. zu erhöhen, wurde von der Generalversammlung angenommen.

Scharfe Kälte ist in den letzten Tagen wieder eingetreten. Die Temperatur hat einen Tiefstand erreicht, wie seit langen Jahren nicht mehr. An verschiedenen freiliegenden Stellen zeigte in der Nacht zum Sonntag das Thermometer 27° Kälte an. Auch während der letzten Nacht herrschte eine gleiche Kälte. Gesund und eine Freude zugleich ist ein derartiges sonniges Winterwetter, wie wir es gegenwärtig erleben. Es ist bedauerlich, daß wir gesellschaftliche Zustände haben, unter denen die strenge Kälte für viele zur Quelle härtester Leiden wird. Ganz abgesehen von den Ärmsten, die kein Obdach haben, macht sich der starke Feuerungsbedarf wohl in jedem Haushalt, der nicht „aus dem vollen" schöpfen kann, äußerst peinlich fühlbar, zumal wenn ein Kohlenwucher hinzukommt, wie wir ihn jetzt wieder erleben. Aber das sind Schäden, die durch Menschen verschuldet sind und durch Menschen gebessert werden können. Die Natur meint es jedenfalls sehr gut, wenn sie uns solchen kernfesten Frost und solch reichlichen Schnee beschert. Wie frei atmet es sich in der frischen Winterluft, wie herrlich sind die Landschaftsbilder, die diese Wintertage und -nächte uns bereiten. In weißer Öde dehnt sich jenseits das Land bis zu den fernen in blauen Duft gehüllten Wäldern. Kein Stäubchen, den kein Eigentumsfanatismus der freien Benutzung entzogen, da jubelt die Jugend bei fröhlicher Schlittenfahrt. Fürwahr, es ist ein munteres Leben und Treiben im Schnee und Eis.

Ballonfahrt. Der Ballon „Lübeck" machte gestern seine vorschriftsmäßige Winterfahrt und stieg Punkt 11 Uhr vom Spielplatze der Lübecker Turnerschaft auf. Bei dem wunderbar klaren Wetter und außerordentlich ruhiger Luft nahm die Fahrt einen für die Beteiligten überaus befriedigenden Verlauf, wenn auch die Windrichtung nur eine kürzere Fahrt zuließ. Die Landung wurde unweit des Travemünder Strandbahnhofes beim Landhause um 1 Uhr mittags sehr glatt vollzogen, nachdem vorher noch mehrfache Fesselballonaufstiege mit Travemünder Einwohnern ausgeführt waren.

pb. **Verhafteter Logisschwindler.** Ermittelt und festgenommen wurde der in der vorigen Woche hier aufgetretene Logisschwindler, in der Person eines ehemaligen Küchenchefs aus Bremen. Der Betrüger, der sich des falschen Namens „Becker" bediente, heißt richtig: Friedrich Wilhelm Böse, geboren am 16. Mai 1880 in Bremen. Er wird seitens der Staatsanwaltschaften in Altona, Oldenburg und Bremen wegen Betruges und Diebstahls steckbrieflich verfolgt.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen, Dienstag geht das mit so stürmischem Beifall aufgenommene heitere Traumspiel „Hans Sonnenstößers Höllenfahrt" von Apel mit der Musik von Friedr. Beermann zum zweiten Male in Szene. Am Mittwoch abend 8 Uhr ist bei kleinen Preisen die Operette „Der Rodelzigeuner" von Josef Snaga zum letzten Male angesetzt. — Für Donnerstag befindet sich Shakespeares Lustspiel „Was ihr wollt" in Vorbereitung.

Hamburg. Ein Kind verbrannt. Durch schwere Brandwunden ihren Tod gefunden hat die achtjährige Tochter Johanna des in der Bramfelderstraße 102 wohnenden Händlers Lehmkuhl. Das Mädchen wollte seiner Mutter behilflich sein. Im jugendlichen Eifer stieß es einen Eimer mit kochendem Wasser um. Der heiße Inhalt ergoß sich über den Körper der Kleinen und fügte ihr schwere Brandwunden zu. Das schwer verbrühte Kind wurde ins Eppendorfer Krankenhaus transportiert. Dort ist es seinen Leiden erlegen. — In dem Monsterprozeß wegen zahlreicher Juwelendiebstähle im Sommer 1910, der 23 Angeklagte vor die hiesige Strafkammer geführt hatte, wurde nach fünftägiger Verhandlung Freitag in später Abendstunde das Urteil gefällt. Die Hauptangeschuldigten, der Kontorbote Strake und der Arbeiter Neunzig, wurden zu je fünf Jahren Zuchthaus, zwei andere Angeklagte zu je neun Monaten Gefängnis, zwei mitangeklagte Frauen zu je fünf Monaten Gefängnis, andere Angeklagte zu geringeren Strafen verurteilt. Drei der Angeklagten wurden freigesprochen. Die Diebe hatten bei einem ihrer Diebeszüge Pretiosen im Werte von nicht weniger als 166 000 Mk. erbeutet. — Gesunkener Dampfer. Wie der Hamburg-Amerika Linie aus Neuyork gemeldet wird, ist der im „Atlas-Dienst" beschäftigt gewesene Dampfer „Alleghani", der am 1. Februar von Neuyork nach Westindien usw. expediert worden war, am 2. d. Mts. im Schneesturm von dem Dampfer „Pomaron" angerannt und 75 Meilen östlich von Cap Henry gesunken. Die Besatzung sowie die auf dem Dampfer „Alleghany" befindlich gewesenen zwei Passagiere wurden von dem Dampfer „Pomaron" übergenommen und heute in Newport News gelandet.

Hamburg. Ein Liebesdrama spielte sich in der Nacht zum Sonnabend zwischen 2 und 3 Uhr auf einer Bank bei der Alsterdampferstation Walhalla ab. Durch mehrere Schüsse wurden Passanten nach der Stelle gerufen, wo man auf der Bank ein junges Mädchen besinnungslos liegend auffand das eine Schußwunde in der linken Schläfe hatte. In der Nähe wanderte ein junger Mann auf und ab, dem das Blut aus zwei Stirnwunden herunterrieselte. Auf Befragen gab er an, der 19jährige Kaufmann Karl Rockmann zu sein. Er sei mit dem jungen Mädchen namens Alwine Ahrend, 19 Jahre alt, in letzter Nacht von Magdeburg hier eingetroffen und sie hätten beschlossen, einen Rundgang um die Alster zu machen. Sie hätten sich dann auf der Bank bei der Walhalla niedergelassen. Plötzlich habe seine Braut ohne jeden Grund einen Revolver hervorgezogen und zwei Schüsse auf ihn abgegeben, die ihn an der Stirn verletzt hätten. Er habe ihr trotz seiner Verletzung die Waffe entreißen wollen, doch vergeblich. Bevor er sie daran verhindern konnte, habe das junge Mädchen sich bereits einen Schuß in die Schläfe beigebracht. Erst darauf habe er sich des Revolver bemächtigen können, den er von sich geworfen habe. Die Waffe wurde später im Schnee vorgefunden. Beide Verletzten wurden nach Anlegung von Notverbänden ins Hafenkrankenhaus geschafft, wo das junge Mädchen bald darauf den Verletzungen erlag. Die Verwundung des jungen Mannes scheint nicht lebensgefährlich zu sein. Bei seiner weiteren Vernehmung gab Rockmann an, er sei zuletzt in Magdeburg als Bierzapfer, die Ahrend bei derselben Herrschaft als Dienstmädchen tätig gewesen. Letztere habe ihn veranlaßt, mit ihr nach Hamburg zu fahren. Hier hätten sie seit drei Tagen als Geschwister in einem Hotel gewohnt und mehrere Lokale besucht. Auf Wunsch der A. hätten sie dann den Spaziergang um die Alster angetreten. Er blieb dabei, daß das Mädchen die Schüsse auf ihn abgegeben habe und zwar vermutlich aus Eifersucht, weil er mit einer anderen Person verkehrt haben soll, was er aber bestritt. Die Leiche der Ahrend wies bei der näheren Untersuchung noch eine Schußverletzung in der Herzgegend auf. Rockmann hat nur einen Schuß in den Kopf bekommen, die zweite Kugel ist durch die Pelerine gegangen.

Schwerin. In die mecklenburgische Ritterschaft, der Standesvertretung der Mecklenburger Junker, tritt ein Kaufmann aus Kiel infolge Kaufs eines mecklenburgischen Gutes ein. Der schleswig-holsteinische Führer des Hansabundes, Diederichsen, kaufte das Gut Möllenhagen von Baron v. Brocksdorf und mit dem Gute gleichzeitig die darauf ruhende Vertretung in der Ritterschaft. Dieser eine Vertreter des Hansabundes wird allerdings den Mecklenburger Junkern nicht gefährlich werden.

Wilhelmshaven. Verurteilter Marineoffizier. Nach einer Meldung aus Wilhelmshaven verurteilte das dortige Kriegsgericht den Kapitänleutnant Steinbrinck wegen Ungehorsams, der den Verlust von Geheimsachen verursachte, zu einem Jahre Festungshaft. Vor einiger Zeit ging die allerdings bald darauf dementierte Meldung durch die Blätter, ein Marineoffizier habe die Akten in der Spionageaffäre Gauß von Wilhelmshaven nach Leipzig bringen sollen; in Hamburg sei ihm aber sein Handkoffer mit den Spionageakten verschwunden. Hängt wohl obige Verurteilung des Kapitänleutnants mit dieser Sache zusammen?

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

:: Komitee- und Kommissionssitzungen ::

Arbeiter-Bildungsverein.

Vorstandssitzung Dienstag 8 Uhr.

Zum 1. April frdl. kl. 2-St.-Wohnung mit Küche u. Stall zu verm. Pr. 160 Mk. Schwart. Allee 170.

Zu sof. od. 1. April eine freundliche **Wohnung** Hartengrube 9/5. Näheres Engelsgrube 75.

Umständehalber ein gutes **Piano** für 200 Mk. zu verkaufen. Daselbst auch ein f. n. **Jünglingsanzug** und **Hängelampe** Hansastraße 85, I.

Billig Gelegenheitskauf Billig für jederm. Erstkl. Schuh-Creme **etwas beschädigter Dosen** sollen, so lange Vorrat, **äußerst billig** verkauft werd. Gr. Petersgrube 21 Kl.

Hasenfelle, Kanin, Iltis, Otter, Marder, Fuchs ꝛc. sowie **Pferdehaare** kauft zu höchsten Tagespreisen **D. Wagner, Holstenstraße 8.**

Nur Qualität ist die Ursache, daß **Liebigs Backpulver** sich seit 40 Jahren bahnbrechend die Welt erobert hat. Nur „Liebigs" Marke Bäckerjunge ist nach den Prinzipien Prof. Justus von Liebigs hergestellt.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 7. Februar abends 8 Uhr,

in der Stadthalle:

18. volkstümliches Konzert

(Orchester 52 Musiker.)

Leitung:
Kapellmeister **Wilhelm Furtwängler.**
Operetten- und Walzer-Abend.
Solist:
Herr Otto Lessle (Trompete).
Zur Aufführung kommen u. a.:
Ouverture z. Operette „Frau Luna" P. Lincke.
Potpourri aus der Operette „Die keusche Susanna" J. Gilbert.
„Im Walzerrausch", Walzer von P. Lincke.
Ouverture zu „Flotte Bursche" F. von Suppé.
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Unsere Abonnenten erhalten ein weltberühmtes Buch für nur 25 Pfennig

pro Woche in Lieferungen erscheinend und zwar die hochinteressanten Erlebnisse und Erfahrungen:

Carl Hagenbeck Von Tieren und Menschen

Wir bieten hierdurch unsern Lesern den Vorteil, dieses wertvolle Werk mit 134 zum Teil farbigen Bildern, das den Stolz jeder Bibliothek, einen Hausschatz für die ganze Familie bildet, das für Alt und Jung interessant und lehrreich ist, ohne Verteuerung in

Raten v. wöchentlich 25 Pf. zu beziehen.

Hier liegt ein Buch vor, wie kein zweites bisher geschrieben wurde, noch jemals geschrieben werden kann, ein Buch, das jeder sich anschaffen sollte.

„Ein Volksbuch im besten Sinne" ist Carl Hagenbecks Werk mit Recht genannt worden. Es hat den ungeheuren Erfolg, den es erzielte, auch verdient. Ein Mensch erzählt darin seine Erlebnisse u. Erfahrungen, der auf der ganzen Erde heimisch ist, dessen Interesse sich auf alle Arten von Tieren und Menschen richtet, der Weltreisender, Tierzüchter und Kaufmann in einer Person ist. Und er versteht es, seine Erlebnisse so interessant u. spannend zu schildern, wie der beste Roman es kaum vermag.

Carl Hagenbeck der bloße Name läßt vor den Augen die seltsam anziehendsten Bilder erstehen von fernen Erdteilen, deren Jagdgründe die Jäger und Agenten des größten Tierlieferanten der Welt durchstreifen, dem fast sämtliche zoologischen Gärten ihre Bestände verdanken. Allgemein bekannt sind die erstaunlichen Erfolge Hagenbeckscher Tierdressur, die Löwen, Tiger, Bären und andere wilden Tiere in friedlichstem Beieinander zusammenhausen läßt. Carl Hagenbecks Aufzeichnungen sind

60000 Exemplare bereits verkauft

die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten Jahren erschienen ist.

Carl Hagenbecks Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr als eine Reihe enorm fesselnder und unübertrefflich anschaulich geschilderter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Welthaus begründet hat, und enthält eine Fülle beherzigenswerter Lebenserfahrung. Auch für die **reife Jugend** bedeutet Hagenbecks Werk ein Buch, **wie es sich besser nicht denken läßt.**

Von der ersten bis zur letzten Seite hält uns der Inhalt der oft mit zu Herzen gehendem Humor vorgetragenen Schilderungen gefangen. Dabei ist **Carl Hagenbecks Werk** keine bloße Unterhaltungslektüre, es ist **ein Bildungselement ersten Ranges. Ein neuer „Brehm"** liegt hier vor uns, seiner lehrhaften Form entkleidet und um die Offenbarungen eines weltumfassenden Geschäftsgenies bereichert.

Benutzen Sie diese einzige sich bietende Gelegenheit

Ihre Bibliothek mit dem wertvollsten Buch des Jahres zu bereichern, Ihren Kindern edelste Belehrung und spannendste Unterhaltung zu bieten, und senden Sie nebenstehenden Bestellschein an unsere Expedition.

Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co., Lübeck.**

Bestellschein — Bell. ausfüllen und einsenden

An die Buchhandlung Fr. Meyer & Co.

Unterzeichnete... bestellt hierdurch

Carl Hagenbeck, Von Tieren und Menschen

Vollständig in 21 Lieferungen à 25 Pf. = 5,25 M nebst einer Einbanddecke für 75 Pf.

Wöchentlich ist eine Lieferung zuzustellen.

Name und Stand: ____

Genaue Adresse: ____

Vereinigte Butterhändler v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. **1.60** Mk.

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der **Buchdruckerei des Lüb. Volksboten. Johannisstraße 46.**

Gemüse, Konserven

in allen Sorten halte bestens empfohlen.

Joh. Böttcher, Reiferstraße 43.

Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck

Genossen, die gewillt sind, die Sammelstelle für Frisch Auf zu übernehmen, werden ersucht, sich spätestens bis Freitag, den 9. Februar, schriftlich bei dem Genossen Joh. Reßör, Kottwitzstraße 43, I., zu melden.

Die Kontrollkommission.

Dilettantenklub Freiheit.

Gr. theatralischer Abend

am Donnerstag, 8. Febr., im Konzerthaus „Flora".

Zur Aufführung gelangt:
1. **Zirkus-Liebe** in 3 Akten.
2. **Drei Frauen auf einmal.**

Kassenöffnung 7½ Uhr. Anfang 8½ Uhr.
Eintritt 30 ₰. Kinder 15 ₰.
Programm frei.

Das Komitee.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend. e. G. m. b. H.

Wahlversammlung für Holstentor-Nord

am Dienstag, 6. Februar 1912 abends 8½ Uhr **im Gesellschaftsh. Friedrichshof.**

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Genossenschaftsrats.
2. Auslosung und Wahl der ausscheidenden Genossenschaftsratsmitglieder.
3. Genossenschaftliches.

Die Wahl ist nur zulässig gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

In dieser Versammlung wird eine kleine Warenausstellung gezeigt. Wir bitten deshalb um zahlreichen Besuch, auch besonders seitens der Frauen unserer Mitglieder.

Der Vorstand.

Hansa-Theater.

Telephon 610. Telephon 610.
Dir. Reinh. Gollbach.
8½ Uhr 8½

Gastspiel Harry Waldens in **„Sein Herzensjunge"** sowie **erstklassige Spezialitäten.**

Les Lansaz
Les Romanis
The 4 Atlantics.

Vorverkauf: Sager, Zigarrengeschäft, Kohlmarkt, Niemeyer, Zigarrengeschäft, Breite Straße 63. Telephon 1583.

Neues Stadttheater.

Dienstag, 6. Febr. Abds. 7½ Uhr. Voll-Ab. 120. Dienstag-Ab. 19.

Hans Sonnenstößers Höllenfahrt.

Ein heiteres Traumspiel von Apel. Musik von Friedr. Beermann.

Mittwoch, 7. Februar. 8 Uhr.

Bei kleinen Preisen! Der Rodelzigeuner.

Operette von Josef Snaga.

Donnerstag, 8. Februar. 7½ Uhr. Voll-Ab. 121. Donnerstag-Ab. 21.

Neu einstudiert! Was ihr wollt.

Lustspiel von Shakespeare.

Beim Einkauf von Margarine fordere nur die ersten Marken „Siegerin" „Palmato" „Mohra"

Erscheint dreimal wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Arb.- u. Berufs-Kl.
J. H. Pein, am Markt.
Rudolph Karstadt, Eutin.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.

Art. z. Krankenpfl.
F. W. Heyde, Königstr. 38.

Bäckereien
Paul Burmester, Lübeck, Lg.Lohbg. 49. Dampf-B. u. Kondit.
J. Eixmann, Fischergrube 47.
H. Jargstorf, Warendorpstr. 36.
R. Kasch, Fleischhauerstr. 52. Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei
Wilh. Krahe, Fackenb. Allee 57 a.
Ad. Hinzelmann, Schlutup, Westerstr. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
B. Plath, Schlutup, Lübeckerstr. 3.
W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.
Central-Beerdigungsinstitut
A. Brodersen, Aegidienstr. 7. Tel. 1090.
H. Berenburg, Parkstr. 16. Särge in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn, Wahmstr. 73. Übern. ganzer Beerd. Eigene Leichen- u. Transportwagen.
E. Weik, Lübeck, Schwart. Allee 193. Lager fertiger Särge.
H. Kröger, Rensefeld. Gr. Lager in Holz- und Metallsärgen.

Besohlanstalten
H. Paasch, Gr. Gröpelgrube 14.
„Hansa" J. Dettmann, Beckergrube 51.
J. Lallbert, Warendorpstr. 20, Fünfhausen 7.

Brauereien
Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75.
Kieler Schloßbräu H. A. Wulff Untertrave 96 Fernspr. 1274.
Trinkt Lübecker Vereinsbräu
F. Weiermüller Nachfl., Schwartauer Allee No. 3b. Braunbier in Gebinden u. Flaschen.
Franz Langloh, Schlutuper H. Braunbier.

Brennmaterialien
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wullbrandt, Rosengarten 19.

Butter-, Käsehdlgn.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
H. Philipp, Packenb. Allee 90. Tägl. feinste Tafelbutter.
W. Rocksien, Hüxstr. 23.
J. Semrau, Hüxstr.

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hürterd. 12.

Cigarrenhandlgn.
A. Burmester, Lübeck, Fackenb. Allee 48.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
D. Kiecke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr.
Rob. Kließ, Engelsgrube 80.
Paul Markwardt, Seidlitzstr. 18. Cigaretten, Tabake.
Jacob Meier, Warendorpstr. 19a.
Conrad Rothe, Fleischhauerstr. 15.
Paul Thiel, Stavenstr. 8.
Wilh. Bähnk, Eutin, Lübeckerstr. 24.

Dampfwasch-, Plättanst.
Groß-Dampfwäscherei „Vorwerk", Wäsche-Verleih-Institut. T. 1923. Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche.
Hansa, W. Röper, Friedenstr. 60. Fernruf: 2274.
W. Krüger, Wakenitzstr., Petzerstr. 1c.

Drogerien
W. Hohenschild, Marlist. 42c. T. 736.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.
Julius Vogt, Germania-Drogerie Hüxstr., Ecke Königstr.

Fahrräder, Nähmasch.
H. Benthien, Packenbg. Allee 53.
Deutsches Nähmaschinen-Haus
Gustav Rath, Frister & Roßmann-Nähmasch.
Franz Busse, Wahmstr. 42.
Rich. Israel, Alfstr. 31.
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23. Lübecker Fahrräder.
St. Gertrud-Fahrradhaus Joh. Meier, Arnimst. 12a. Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Johs. Meyer, Königstr. 51.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofst. 28.
H. Krohne, Schwartau, Lüb.-St. 71. Rep. Sämtl. Ersatzt.

Farben u. Lacke
J. Becker, Dornestr. 29.
W. Hohenschild, Marlistr. 42. T. 736.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.

Fleisch- u. Wurstw.
Hans Gerds, Elswigstr. 1a. ff. Aufschnitt. Prima Fleisch- und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.
Gothknecht, Gottlieb, Königstr. 104.
Carl Joost, Beckergrube 30. Wurstfabrik. T. 1450.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
W. Lemcke, An der Mauer 41a.
F. Mörck, Kupferschmiedestr. 6/8.
Wilh. Pätow, Dankwartsgr. 44. Wurstfabrik mit elektr. Betr.
Jul. Schober, Gr. Burgstr. 55.
Gust. Zach, Kottwitzstr. 32.
L. Müller, Oldesloe, Brunnenstr. 2. Pa. Fleisch- u. Wurstwar.

Friseure, Parfüm.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.

Galant.-, Spielwar.
C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9.

Handels-Lehranst.
Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Haus- u. Küchenger.
Joh. Baade, Lübeck, Fackenbg. Allee 34a.
Paul Reber, Tunkenhagen 5.
E. Winkelmann Nachf., Eutin.
Louis Rathmann, Schwartau.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a.
Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahmstr. 9.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

Kino-Salon
Biophon-Theater Breitestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

Kolonial-, Fettwar.
Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.
Heinr. Franck, Wahmstr. 67.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Carl Hudoffsky, Marlistr. 44.
D. Lerch, Lg. Lohberg 37.
Ernst Lüth, Spillerstr. 5.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
J. Semrau, Hüxstr.
H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4.
Louis Rathmann, Schwartau.
J. U. Kröger, Travemünde.

Kurz-, Weiss-, Wollw.
O. Sünnenwald, Lindenstr. 39.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Manufakturwaren
Johann Dittmer, Drögest. 12a.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofst.
Hamb. Engros-Lager, Schwartau.
K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.

Möbelmagazine
Hintze & Stech, Möbel-Fabrik, Moisling. Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik.
W. Pamperin, Mühlenstr. 47, St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichtgn. z. billigen Pr.

Molkereiprodukte

Meiereien
Meierei Rensefeld, Inh. Paul Rickert. Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau, Inhaber Philipp Eitel. Tel. 2144. Milch und ff. Molkereiprodukte.

Optik u. Mechanik
Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft, 56 Breitestr. 56.

Photogr. Ateliers
O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15.
Jul. Pingel, Johannisstr. 15.
Samson & Co., Breitestr. 39. Fernspr. 1057.

Billigste Bezugsquelle für Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen
Adolf Borgfeldt, Fernruf 672, Mühlenstr. 38 und 40.

Putz u. Modewaren
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.

Empfehlensw. Restaur.
Wackuitz-Strand, Lübeck, Blankst. 93.

Schreibwaren
Aug. Burmester, Lübeck, Fackenbg. Allee 48.
M. Maxein Wwe., Moislg. Allee 40a.
Elsa Paulsen, Mühlenbrücke 2a. Spez.: Briefmarken.

Schuhwaren
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparat.
Aug. Rostock, Fünfhausen 5.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

Stahl-, Eisenwaren
Franz Genzmer, Fackenbg. All. 10b. Fernruf 1031.
F. Wichmann, Hüxstr. 46. Solinger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Beuleke, Lübeck, Königstr. 48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckergrube 20.

Trikot., Strumpfw.
E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 15.

Uhren-Repar.-Werkst.
Amerikanische, Hüxstr. 71. Fast jede Reparatur nur 1 Mk. 2 Jahre schriftliche Garantie.

Uhren, Goldwaren
August Büttner, Uhrmacher Hüxstr. 32.
Willi Westfehling, Holstenstr. 32.
H. Nevermann, Schwartau.

Weine, Spirituosen
Fr. Geist, Lübeck, Hüxterd. 8. T. 1935.
Friedr. Otto, Fischergrube 43, empfiehlt Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 30. Montag, den 5. Februar 1912. 19. Jahrg.

Arbeiter, verbreite deine Presse.

Schau offen in die weite Welt hinein,
In der die Völker groß und klein
Den Kampf für ihre Freiheit führen
Und sich für ihre Zukunft rühren.

Bedenk' dann, daß im eignen Land,
Dir und des Volkes Recht zur Schand,
Die Dunkelmänner und die Kliquen
Dich ungestraft und schamlos drücken.

Das kommt daher, daß taub und blind
Die Armen für ihr Wohl noch sind,
Und daß sie noch in hellen Haufen
Zu ihren eignen Feinden laufen.

„Wer aber sticht dem Volk den Star,
Daß seine Augen wieder klar?
Wie wird der Alp von ihm genommen?"
So fragst du, ängstlich und beklommen.

Das Mittel liegt so sichtbar nah',
Und wirkt und ist schon lange da,
Sorgt selbst, daß man es nicht vergesse:
Es ist des Volkes freie Presse!

Durch sie erschaut es erst die Welt,
Die Wirkungen von Macht und Geld,
Des Elends Ursprung und die Lüge,
Des Kampfes Heil, des Rechtes Siege!

Wenn du in jedes Haus sie bringst
Und die Beschränktheit niederzwingst,
Muß deine Sache vorwärts gehen;
Das arme Volk lernt wieder sehen!

Drum agitiert für euer Blatt!
In deiner Presse liegt die Macht.
Durch sie kannst du dein Schicksal wenden!
Gehe hin, du hast's in deinen Händen!

Der Retter ist da!

Die 110 Sozialdemokraten im Reichstage werden von den Konservativen als das nationale Unglück angesehen, für das die Regierung verantwortlich gemacht wird. Doch alles Zetern hilft nichts, die 110 aus der Welt zu schaffen. Da kommt den Konservativen endlich der Messias in Gestalt eines Herrn Th. Beyer aus Neustettin, der in der „Kreuzzeitung", dem Junkerblatt, die Regierung anfleht, einen — allgemeinen Landes-Buß- und Bettag zur Beschwörung der roten Flut anzuordnen. Der Sermon des Herrn Beyer ist so interessant, daß wir trotz seiner Länge ihn den Lesern nicht vorenthalten wollen, da er einige humorvolle Augenblicke bereitet. Herr Th. Beyer schreibt:

„O Land, Land, Land, höre des Herren Wort!
Jer. 22, 29.

Mit tiefem Weh erfüllt uns der Ausfall der Reichstagswahlen; wir fühlen uns mitschuldig an der schweren Krankheit unseres Volkes, daran, daß mehr als vier Millionen Deutsche, uneingedenk der Segnungen, die ihnen täglich unter dem Regiment ihrer Fürsten zuteil werden, in Undankbarkeit sich gegen Altar und Thron auflehnen. Wir fragen, wie es dahin kommen konnte, daß unser von Gott so hoch gesegnetes deutsches Volk so tief fallen konnte. Auf die Fehler, die im sozialpolitischen Leben gemacht sind, wollen wir nicht eingehen, aber die Hauptwurzel des Übels wollen wir bloßlegen. Es ist der Abfall von dem lebendigen Gott. Seit 20 Jahren ist mehr denn je, so lange die Kirche Christi besteht, in unserem Vaterlande ein falsches Evangelium auf den Kathedern der Hochschulen und auf den Kanzeln gelehrt und getrieben worden, das unser Volk vergiftet hat. Christus, der hochgelobte, ewige Gottessohn, der von der Jungfrau Maria Mensch geworden ist, ist seiner göttlichen Herrlichkeit beraubt und zu einem Josefssohn erniedrigt worden. Damit ist das Fundament, das die Pforten der Hölle nicht überwältigen können, zerstört, damit ist der dreieinige Gott, zu dem die Kirche sich von Anfang an bekannt hat, vom Throne gestoßen. Dieses falsche Evangelium, das Wissenschaft sein soll, hat man dadurch gewonnen, daß man nicht mehr mit der Waffe „Es steht geschrieben", kämpft, sondern die Glaubwürdigkeit der Heiligen Schrift antastet, die geoffenbarten Gotteswahrheiten für Märchen erklärt. Kann man sich wundern, wenn nun der Unglaube in erschreckendem Maße Platz greift?

Was haben wir zu tun? Wir müssen umkehren, ehe es zu spät ist, wir müssen zum Glauben der Väter zurückkehren; er ist die einzige Arznei, die uns heilen kann. Wir dürfen nicht als stumme Hunde zu der Verleugnung unseres allerheiligsten Glaubens schweigen, wir müssen viel entschiedener als bisher die Wahrheit bekennen und als echte Protestanten gegen die Verfälschung unseres Glaubens protestieren. Das muß aber nicht bloß in kleineren Kreisen geschehen, unser ganzes Land muß ein Bekenntnis ablegen. Wir bitten unsere oberste Kirchenbehörde, unbekümmert um den Spott der Feinde, einen außerordentlichen Landes-Buß- und Bettag anzuordnen; wenn wir ernstlich Buße tun, dürfen wir hoffen, daß der Herr, der mit der heidnischen Stadt Ninive, als sie in Sack und Asche Buße tat, Mitleid hatte, auch mit unserem lieben deutschen Volke noch Mitleid hat, und es mit Seinen Gerichten, die wir verdient haben, noch verschont, daß Er Seiner Kirche bei uns noch nicht den Leuchter nimmt, daß Er die Throne noch schützt. Geben wir Ihm die Ehre, so wird Er uns segnen, wo nicht, so ist Sein Gericht unausbleiblich. Er helfe uns zur Treue, auch in der täglichen Fürbitte für die Könige und für alle Obrigkeit, wie er es durch St. Paulus in 1. Tim. 2,2 geboten hat!

Neustettin. Th. Beyer."

Wir haben die Hoffnung verloren, daß ein außerordentlicher Bußtag auf die beutegierigen Junker einen wohltätigen Einfluß zugunsten des deutschen Volkes ausübt, was uns sehr nötig erscheint.

Die Bedeutung der bayerischen Wahlen.

Vor ein paar Tagen hat der Zentrumspräsident der aufgelösten bayerischen Kammer, Herr v. Orterer, ausgeplaudert, daß unmittelbar vor der Katastrophe noch Verhandlungen mit der Regierung stattgefunden hätten, die also damals die hernach von ihr als Verfassungsbrecher angeklagte Partei noch des diplomatischen Verkehrs würdig erachtete. Was aber Herr v. Orterer nicht erzählt hat, sind die Bedingungen, unter denen sich das Zentrum damals bereit erklärt hat, die Etatsberatungen fortzusetzen. Gleichwohl haben die schwarzen Herren „vertraulich" so viel über ihre damaligen Heldenleistungen renommiert, daß es kein Geheimnis mehr ist; sie haben die schimpflichste Unterwerfung der schuldigen Minister als Bedingung der Wiederaufnahme der Arbeit gestellt, ihre persönliche und sachliche Demütigung. Und erst die Unverschämtheit dieser Zumutungen hat dann die widerstrebende Regierung, die uneinig und schwankend war und deren Leitung am liebsten die suspekten Minister der Eisenbahnen und Finanzen dem Zentrumshaß hingeworfen hätte, wider ihren Willen gezwungen, tapfer den Landtag aufzulösen.

Diese Art von Zentrumspolitik ist kein bayerisches Reservatrecht, sondern ein deutsches System. Auch darin gleicht der Klerikalismus dem preußischen Junkertum, daß er es ablehnt, selbst die verantwortliche Regierung zu übernehmen, dafür aber die Regierung ringsum zerniert und ihr die Initiative reaktionärer Niederträchtigkeiten aufzwingt. Damit gewinnt die regierende Partei den unschätzbaren Vorteil, je nach Bedürfnis die Opposition gegen die ihr doch leibeigene Regierung zu spielen, sich durch demagogische Anträge den Wählern zu empfehlen, deren Nichtverwirklichung man dann der Regierung zur Last legt. Das ist das Zerrbild jener parlamentarischen Politik: Die Regierung ist nicht der anerkannte Vertreter der Mehrheitspartei, sondern ihr Packesel, auf den man die Lasten der eigenen Politik wälzt, und obendrein ihr Prügeljunge.

Daß das Zentrum von seiner Macht diesmal einen so ausschweifenden Gebrauch gemacht hat, führte die Katastrophe herbei und hat eine gewisse Solidarität der Regierung mit den Zentrumsgegnern erzwungen, die man freilich nicht allzu wichtig nehmen darf. In Wahrheit herrscht Zähneklappern in allen Ministerien.

Der taktische Plan der Minderheitsparteien stand bereits am Tage der Auflösung fest. Es gab nur einen Weg. Das Zentrum hatte sich ein Wahlrecht geschaffen, das ihm die ewige Herrschaft zu sichern schien. Nun galt es, durch den zweckmäßigen Gebrauch des Wahlrechts es selbst von innen heraus zu sprengen und dann die Zentrumsmehrheit für alle Zeit zu beseitigen. Das gegebene Mittel war: den zu erringenden Proporz bei diesen Wahlen schon vorweg zu nehmen. So entstand der Zusammenschluß aller Minderheitsparteien, den das Zentrum als „Notblock" verhöhnt, während es selbst nur die kleine Gruppe des Bundes der Landwirte und der Konservativen auf seiner Seite hat, die es noch vor drei Jahren als Ausgeburt der preußischen Hölle verfolgte. Wollten die Verbündeten zum Erfolg gelangen, so durfte — bei der Schwierigkeit der Aufgabe — keine Kraftverschwendung getrieben werden. Daher die lückenlose Aufteilung der Wahlkreise. In jedem Kreise ist nur ein Kandidat aufgestellt worden. Soeben, unmittelbar vor den Wahlen, hat der gemeinsame Vollzugsausschuß die Kandidatenliste veröffentlicht; in 119 Wahlkreisen sind gemeinsame Kandidaten aufgestellt; da eine Anzahl Kreise zweimännig sind, stellen die Verbündeten im ganzen 137 Kandidaten gemeinsam auf. In den übrigen Kreisen geht jede Partei für sich vor.

Familie Schöler.

Originalroman von Arthur Zapp.

(11. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Seien Sie vorsichtig, lieber Herr Schöler! Ich — Sie wissen, der Ertrinkende greift nach'm Strohhalm, und schließlich wär's wirklich gar nicht so übel, die süße Gewohnheit des Daseins noch'n bißchen fortzusetzen. Also führen Sie mich nicht in Versuchung!

„Wieviel ist es denn?"

Der Gefragte machte jetzt eine Handbewegung und eine Miene, die auf etwas Ungeheuerliches vorbereiten sollte.

„Ein Vermögen, sage ich Ihnen. Fallen Sie nicht um! Zwanzigtausend Mark!"

„Donner —"

Der Leutnant fuhr unwillkürlich erschreckt zurück und machte nun doch ein etwas ernüchtertes Gesicht.

„Und das muß schon morgen auf einem Brett bezahlt werden?" fragte er.

„Ja und nein. Das heißt, die Ehrenschuld ist morgen fällig und muß unter allen Umständen beglichen werden, wenn ich noch Anspruch darauf erheben soll, das morgende Tageslicht zu schauen. Ohne Ehre kann man ja nun mal nicht leben. Absolut unmöglich! Bargeld aber könnte ich vom Kerl, dem Lauberberg — ich weiß nicht, ob Ihnen der Halsabschneider bekannt ist — auf Wechsel erhalten. Doch der Gauner will auf meine Unterschrift allein nicht rausrücken mit seinem Mammon. Verlangt partout, daß noch ein anderer, zahlungsfähigerer Bürge querschreibt. Wo einen so seltenen Vogel finden? Unter meinen Kollegen und intimeren Freunden fand sich keiner."

Paul Schöler schritt aufgeregt in dem Zimmer auf und ab mit nachdenklich gesenktem Kopfe. Ein heftiger Kampf entspann sich in seiner Brust. Das rein menschliche Mitgefühl, das heiße Verlangen, jemand vom Tode zu erretten, das noch durch den Umstand, daß der mit Selbstmordgedanken Umgehende der Bruder Erna von Boltenhagens war, wesentlich erhöht und verstärkt wurde, lag mit dem Entsetzen vor der großen Summe und der Furcht, sich selbst in schwere Ungelegenheiten zu bringen, im Streite. Und wer weiß, welche Empfindungen die Oberhand behalten hätten, wenn er nicht durch die eigene gefahrvolle Situation ohnehin bereits seelisch ganz aus dem Gleichgewicht gebracht gewesen wäre und den richtigen Überblick und die kühle Überlegung verloren gehabt hätte. So wandte er sich jetzt entschlossen zu dem ihn scheu und in peinlicher Spannung Beobachtenden zurück.

„Ich werde unterschreiben."

Werner von Boltenhagen erfaßte mit unwillkürlichem Griff die Rechte des ihm Gegenüberstehenden. Seiner schweratmenden Brust entrangen sich ein paar gurgelnde Laute, wie bei jemand, der dem Ertrinken nahe gewesen ist und nun wieder ringend und kämpfend an die Oberfläche kommt. Alle Kühle und Blasiertheit, aller Zynismus und alle Frivolität schienen mit einem Male von ihm gewichen.

„Schöler — wahrhaftig, das — vergess' ich Ihnen nie," stieß er in einer Gemütsbewegung hervor, die vielleicht die stärkste war, die er in seinem bisherigen materiellen, leichtsinnigen Genüssen hingegebenen Leben durchgemacht hatte. „Sie — Sie geben mir ja mein Leben wieder. Wahrhaftig, Sie — Sie sollen es nicht zu bereuen haben. Wenn ich Ihnen mal irgend einen Dienst erweisen kann, verfügen Sie über mich, hören Sie, wie über sich selbst! Und daß Sie für Ihren Freundschaftsdienst nicht in Schwulitäten geraten, dafür will ich einstehen. Das schwöre ich Ihnen. Ich habe einen Onkel, — einen richtigen Erbonkel, verheiratet zwar, aber, keine Kinder. Es ist zu dumm, daß ich mich nicht längst an ihn gewandt habe. Aber ich habe Angst — wahrhaftig Angst vor ihm. Übrigens glaubte ich, auf den Laubenberg, den Kerl, rechnen zu können. Kurz und gut, Zeit gewonnen, alles gewonnen. Ich reise zu dem alten Herrn, Kammerherr, stellvertretender Hofmarschall, dazu drei Rittergüter. Unermeßlich reich. Wenn ich ihm sage — er wird, er muß helfen. Ich frage Sie, kann's denn einem solchen Krösus auf lumpige zwanzigtausend Mark ankommen?"

Der Leutnant reichte dem wie im Delirium Schwatzenden die Hand.

„Gut also! Ich unterschreibe. Und nun" — er machte eine Handbewegung nach dem Schreibtisch hin — „stecken Sie das Ding da weg! Und lassen Sie uns über meine Affäre reden!"

Der Referendar blickte instinktiv nach rückwärts. Als er den Revolver wahrnahm, lachte er kurz, drehte sich rasch um, packte die Waffe und warf sie mit einer Grimasse in das große Mittelschubfach. Darauf griff er nach dem Briefe, den er bereits halb fertig geschrieben hatte, und zerriß ihn sorgsam in unzählige kleine Stücke, die er mit zufriedenem Lächeln in den Papierkorb schleuderte. Jetzt wandte er sich wieder vergnügt seinem Besucher zu.

„So, lieber Schöler! Ich stehe ganz zu Ihrer Verfügung."

7.

Die näheren Bestimmungen des Zweikampfes wurden noch an demselben Nachmittag von den beiderseitigen Sekundanten verabredet und darauf das Protokoll aufgenommen. Nachdem alles dies in vorschriftsmäßiger Weise erledigt war, begleitete Paul Schöler noch an demselben Tage den Referendar von Boltenhagen zu dem Geldverleiher Laubenberg. Die Unterschrift des Sohnes des reichen Fabrikbesitzers war dem Geldmann natürlich hochwillkommen, und er zögerte auch nicht einen Augenblick, die gewünschte Summe herzugeben. Nur stellte er zwei Bedingungen: Erstens mußte das Akzept auf dreißigtausend Mark ausgestellt werden, — billiger könnte er es unter keinen Umständen tun, — und zweitens wollte er das Geld durchaus auf keine längere Frist als zwei Monate leihen. Trotz allen Sträubens blieb den beiden jungen Leuten schließlich nichts weiter übrig, als sich den Forderungen des hartgesottenen Geldmannes zu fügen.

Am andern Morgen in aller Frühe trafen sich die Gegner in einem ungefähr ein Stündchen von der Stadt entfernten Walde. Auch der vorgeschriebene letzte Versöhnungsversuch scheiterte, und die Duellanten wurden von ihren Sekundanten an die abgemessenen Standplätze geführt. Die Bedingungen waren: zweimaliger Kugelwechsel, zwanzig Schritte Distanz. Der Ausgang war ein tragischer: schon bei dem ersten Schuß brach Paul Schöler mit einem kurzen Aufschrei zusammen.

„Schuß in die Brust," erklärten die Ärzte nach kurzer Untersuchung mit bedenklichem Gesicht.

Der Schwerverletzte wurde nach dem Garnisonlazarett gefahren. Der Regierungsassessor Wichard, der älteste der Sekundanten übernahm die peinliche Aufgabe, der Familie Schöler die Kunde von dem Vorgefallenen zu überbringen. Zuerst suchte er den Fabrikbesitzer in seinem Kontor auf.

Herr Schöler war nicht wenig überrascht von diesem Besuch in seinen Geschäftsräumen. Schon die einleitenden Worte gaben ihm Klarheit, daß es sich um Paul handelte. Als der Assessor kurz den Auftritt auf dem Eise schilderte, strahlte sein Gesicht.

„Braver Junge!" entfuhr es ihm unwillkürlich. „Das hat er gut gesagt."

Freilich, seine Mienen verdüsterten sich recht bald, als der Assessor zu ihm wegen der Forderungen sprach. Er fuhr erregt auf.

„Ein Duell? Das darf nicht stattfinden. Das lasse ich nicht zu. Ich spreche mit dem Herrn Oberst. Denken Sie

Die gemeinschaftliche Arbeit der Zentrumsgegner ist ohne jede Schwierigkeit in vollem gegenseitigen Vertrauen und Verständnis geleistet worden. Auch die Reichstagswahlen haben dieses Bündnis nicht gestört, sie sind im Gegenteil selbst durch das Landtagskartell günstig beeinflußt worden. Durch Arbeitsteilung wurde die Agitation erleichtert. Gemeinsame Versammlungen, Aufrufe, Plakate, zeigten die Geschlossenheit des Zusammengehens. Besonders hat man auch eine Wahlkontrolle gemeinsam organisiert. Die Geistlichkeit bietet jeden erdenklichen Terror auf. Schon bei den Reichstagswahlen ist es nachweislich geschehen, daß zentrumsgegnerische Wahlzettel zwar in die Urne hinein, aber nicht wieder herausgekommen sind. Bei den Landtagswahlen, wo es sich um die ganze Existenz des Zentrums handelt, treibt man es natürlich noch wüster. Der Vollzugsausschuß der vereinigten Parteien hat an die Wahlkontrolleure Legitimationskarten herausgegeben, die alle Wahlvorschriften enthalten.

Die unerwartete Einigkeit der Gegner hat das Zentrum in arge Verwirrung gebracht. Besonders hatte man nicht damit gerechnet, daß die altbayerischen Bauernbündler sich mit den Sozialdemokraten und Liberalen vereinigen würden. Die sichere Aussicht, bestimmte Wahlkreise zu verlieren, hat unter den angestammten Mandatsbesitzern der bedrohten Kreise einen tollen Wirrwarr angerichtet. Die Besitzer verließen die Kreise und suchten in sicheren Kandidaturen. Dadurch entstanden die ergötzlichsten lokalen Schwierigkeiten. Niemand wollte einen Durchfallskreis und alle wollten nichtbedrohte Mandate. Während sich die vereinigten Parteien ohne jede Schwierigkeit über die Mandate schlüssig wurden, hat das Zentrum in einer Anzahl Kreisen das Vergnügen von zwei und drei rivalisierenden Zentrumskandidaten; dieser Umstand kann einige Überraschungen zeitigen.

Am heutigen 5. Februar fällt die ganze Entscheidung. Stichwahlen gibt es nicht; die relative Mehrheit entscheidet. Um die Zentrumsmehrheit zu brechen, muß man ihr 18 Mandate abnehmen. Ein sehr schwieriges, aber nicht unmögliches Werk. Der glänzende Ausfall der Reichstagswahlen hat Hoffnungen erweckt; ist doch der Anteil der Zentrumsstimmen von 44,8 Proz. im Jahre 1907 auf 38,7 Proz. gesunken. Bei wirklich gleichem Wahlrecht wäre also eine Zentrumsherrschaft nicht mehr denkbar.

Die Zentrumsagitation ist eine Kulturschande, eine Bloßstellung des bayerischen Volkes. Das geht noch tief unter Reichsverband und München-Gladbach. Der kunstbegeisterte Zentrumsabgeordnete Pfeiffer hat dieser Tage in München gedroht, daß man den „Kerls" — den Ministern — mit umgedrehter Reitpeitsche in die Zähne hauen werde. (Der Mann ist königlicher Bibliothekar!) Ein anderer hat die schwarze Schulpolitik dahin charakterisiert, daß man den Lehrern die Flügel beschneiden müsse, damit sie nicht fliegen, sondern nur springen können. Im übrigen sind die Sozialdemokraten Königsmörder, die jedem die Religion und Hab und Gut rauben.

Der Ausgang der Wahl ist ungewiß. In jedem Fall stehen wir vor großen Kämpfen, ob nun das Zentrum mit geschwächter Mehrheit oder in der Minderheit zurückkehrt. In Bayern werden am 5. Februar auch über das Reich und über Preußen wichtige Entscheidungen getroffen.

Konstantin, der neue Jeremias.

Es ist geradezu stein- und beinerweichend, wie die „Kreuzzeitung" über die sozialdemokratische Schreckensherrschaft in den Werkstätten jammert. Sie hat sich dazu einen angeblichen Handwerksmeister verschrieben, der jetzt wohl, nach seinen eigenen Schilderungen, auf alle Mitarbeit von Gesellen verzichtet hat, und Tag und Nacht arbeitet, um sein Leben zu fristen, seine Familie zu ernähren und seine Kundschaft zu befriedigen, und alles nur wegen des fürchterlichen Schreckens, den die sozialdemokratischen Gewerkschaftsmänner verbreiten.

Nun lassen wir Konstantin Liebich, den großen Jeremias II. selbst sprechen, ist er doch der beste Beweis für die geradezu blöde Hetze, die von Zeitungen in der Art der obengenannten gegen die Arbeiterbewegung getrieben wird.

Konstantin jammert also: „Unerträglich ist der Gewissensdruck, die Unterdrückung der freien Meinung der Kameraden, der Gewerbetreibenden, durch die Umsturzgenossen geworden. Erschreckend groß ist ihr schamlos sich aufdrängender Einfluß auf die heranwachsende Jugend.

Die kleinen, mit wenigen Gesellen arbeitenden Meister sind nicht mehr Herren ihrer Werkstatt. Sie dürfen keinen Gesellen entlassen, keinen annehmen, wenn es nicht die „Genossen" genehmigen. Nicht mehr die Leistungen sind dafür entscheidend, sondern die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Organisation.

Der Meister darf auch keinen Gesellen wegen minderwertiger Leistungen entlassen. Er riskiert damit die Arbeitsniederlegung der anderen. Er muß auch dem Faulen und Ungeschickten den Lohn weiterzahlen, wenn die Solidarität der Gesellen ihn dazu zwingt.

Der Meister darf auch nur soviel Lehrlinge halten, als die Gesellen, als die tarifmäßigen Vereinbarungen es erlauben. (!)

Wenn die Gesellen trotz des hohen Stundenlohnes, trotz der erstrittenen — jetzt vielfach nur acht- bis neunstündigen Arbeitszeit — ihre Kraft und Aufmerksamkeit statt der Arbeit ihrem Gespräch zuwenden, so muß er auch das hinnehmen.

Nun üben diese Gesellen, die nicht mehr wie früher eine scharfe Scheidewand zwischen sich und den Lehrlingen ziehen, auf diese einen ungeheuren verderblichen Einfluß aus. Alle guten Eindrücke der Kindheit, alle Lehren der Schule und des Elternhauses werden mit teuflischer List aus den wachsweichen Herzen der Heranwachsenden gerissen.

Nicht lange, und sein junges wandelbares Herz gehört wirklich zu ihnen. Unrettbar ist die heranwachsende Arbeiterjugend der Sozialdemokratie verfallen, wenn nicht etwas Durchgreifendes geschieht . . . die ministerielle Aktion zur Pflege der schulentlassenen Jugend kommt zu spät.

Der Garten der Gesellschaft ist verwüstet, ungehindert wuchert seit Jahrzehnten das Unkraut. Ungehemmt breitet sich der revolutionäre Gedanke aus. Auf weiten Strecken ist der Umsturz Sieger. Wenn das so weiter geht, ist der Bürgerkrieg unvermeidlich.

Nimmermehr durfte der Staat den Schutz des Schwachen so verabsäumen, der Revolution so freie Bahn geben, das Unkraut so wuchern lassen, wie es hier geschehen ist. Es ist die höchste Zeit, daß etwas dagegen getan wird. Sonst geht es mit zunehmender Geschwindigkeit dem Abgrund entgegen!"

Also klagte Konstantin Liebich, Jeremias II. Er soll ein Abonnent der „Kreuzzeitung" sein, was allerdings stark entlastend in Berechnung fällt.

Die Tatsache, daß solche Ergüsse mittelalterlicher Handwerksmeister, die über die Einschränkung der Lehrlingsausbeutung, die „kurze" Arbeitszeit und alle anderen Grundlagen der Kulturentwickelung jammern, noch möglich sind, beweist am besten, daß das Handwerk in seiner „althergebrachten Form" überlebt ist. Nicht weil es die Sozialdemokratie, sondern weil es die Entwickelung so will!

Aus der Partei.

Nach Stuttgarter Muster hat man jetzt auch in Halle a. d. Saale die Fraktion ersucht, an den altbewährten Parteigrundsätzen festzuhalten. Die Genossen in Halle haben anscheinend weiter nichts zu tun, als der Fraktion wie unmündigen Kindern Verhaltungsmaßregeln zu erteilen.

1000 Mark Geldstrafe. Der verantwortliche Redakteur des „Halleschen Volksblattes", Gen. Kasparek, wurde zu obiger Geldstrafe verurteilt, weil er einen Richter in Kelbra aus Anlaß eines Streikprozesses beleidigt haben soll. Der Richter, ein Mitglied des Reichsverbandes, hatte die Zeugen nach ihrer politischen Parteistellung gefragt. Darin erblickte Gen. Kasparek den Beweis für die Voreingenommenheit des Richters. — Der Staatsanwalt hielt die Notiz für derart schwer beleidigend, daß er 1500 Mk. Geldstrafe beantragte, das Gericht erkannte dann auf die oben mitgeteilte Strafe.

Nach den Reichstagswahlen hatten es insbesondere die Korrespondenten ausländischer Blätter für angebracht, bekannte Abgeordnete unserer Partei auszufragen. Wir können es diesen Leuten nicht verdenken, wenn sie versuchen, auf diese Weise Geschäfte zu machen. Umsomehr aber sollten unsere in Frage kommenden Genossen sich hüten, solchen Anfragen Rede und Antwort zu stehen. Was dabei herauskommt, haben wir ja im Falle Liebknecht gesehen. Die falsche Meldung dringt in die entferntesten Dörfer, von der Richtigstellung erfahren die Leute nichts. Und so schadet uns ein solches Interview mehr, als es uns nutzt.

Die Presse unter Zeugniszwang. Die „Bielefelder Volkswacht" brachte seinerzeit einen Bericht über eine Schwurgerichtsverhandlung, die am 21. Juni 1911 in Detmold gegen den Holzbildhauer Maurer in Lage stattfand. Maurer wurde bekanntlich zu zwei Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt, weil er in einer Schöffengerichtsverhandlung in Lage am 22. Februar einen Meineid geleistet haben sollte. Der Meineid sollte darin liegen, daß er zugunsten eines wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung Angeklagten erklärte, eine beleidigende Äußerung des Angeklagten gegenüber zwei arbeitswilligen Frauen nicht gehört zu haben. Maurer hatte durch Rechtsanwalt Heinemann Revision eingelegt und das Urteil wurde vom Reichsgericht aufgehoben. In der Verhandlung gegen Maurer hatte sich ein Geschworener selbst als befangen bezeichnet und der Vorsitzende des Gerichts hatte diesen entlassen. Diesem Formfehler war es zu danken, daß die Angelegenheit erneut vor das Schwurgericht kommt. Jetzt wurde nun der die „Volkswacht" verantwortlich zeichnende Redakteur, Genosse Schädlich, als Zeuge über den Verfasser des Berichts vernommen. Natürlich verweigerte er die Aussage, obgleich preßgesetzlich Verjährung eingetreten ist. Das Gericht verurteilte ihn deswegen zu 70 Mk. Geldstrafe oder sieben Tagen Haft, denn: „aus den Umständen des Falles könne ein Grund zur Zeugnisverweigerung nicht entnommen werden." — Man wird abwarten müssen, wie sich die Sache weiter entwickelt.

Ein Menschenalter Agitation.

Die Zukunft dem Sozialismus, die Gegenwart uns und die Vergangenheit — den Toten! So gilt es bei der Aufklärungsarbeit für alle und für jeden einzelnen, wenn die Befreiungsarbeit Kämpfer bedarf.

In der lebendigen Tätigkeit des einzelnen liegt der Zukunftserfolg!

Jeder einzelne muß lebendig sein, agitieren und organisieren, so und nur allein so geht es vorwärts, das beweist uns die Vergangenheit.

Die Aufopferung des einzelnen bringt der Gesamtheit Macht, das beweist die Gegenwart. Sehen wir uns die und ihre Erfolge einmal näher an. Die „Abrechnung" vom Januar 1912 ergibt für uns folgende Ziffern:

Sozialdemokratische Stimmen am 12. Januar	4 250 000
Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete . .	110
Sozialdemokratische Landtagsabgeordnete . . .	211
Sozialdemokratische Gemeindevertreter	8 910
Mitglieder der sozialdemokratischen Partei . .	900 000
Mitglieder der Konsumgenossenschaften	1 250 000
Mitglieder der freien Gewerkschaften	2 440 000
Auflagezifferder sozialdemokratischen Presse .	1 450 000
Auflagezifferder freigewerkschaftlichen Presse .	2 600 000

Was besaßen unsere ersten Vorkämpfer, als sie 1871 im neugegründeten Deutschen Reiche ihre Aufklärungsarbeit begannen?

Bei den Wahlen von 1871 entfielen auf die beiden sozialdemokratischen Parteien (Lassalleaner und Eisenacher) 101 927 Stimmen, nicht ganz 3 Prozent aller abgegebenen Stimmen überhaupt; 1912 sind es rund 35 Prozent geworden! Wie wurde dies möglich? Weil auch der Letzte seine Pflicht getan hat!

---

denn, ich werde mir meinen einzigen Sohn zuschanden schießen lassen?"

Als der Assessor achselzuckend mit entschlossener Miene erklärte: „Das Duell läßt sich nicht mehr ungeschehen machen. Es hat bereits stattgefunden." — da saß der Fabrikbesitzer im ersten Augenblick wie betäubt, dann sprang er von seinem Stuhl auf.

„Statt— gefunden? Aber wo — wo ist Paul, wo ist mein Sohn?

Blaß, in spannender Angst erwartete er die Antwort. Der Regierungsassessor räusperte sich, und seine rechte Hand legte sich mit unwillkürlich beschwichtigender Gebärde auf den Arm des ihm Gegenüberstehenden.

„Fassen Sie sich, verehrter Herr Schöler", sagte er ernst, aber so tröstend als möglich. „Das Schlimmste ist ja zum Glück vermieden. Immerhin —"

„Verwundet? Paul ist verwundet?" fragte der Fabrikbesitzer, die schreckerfüllten Blicke auf den Unglücksboten gerichtet.

Assessor Wichard nickte und erklärte schnell, um die qualvolle Spannung des beunruhigten Vaters nicht unnütz zu verlängern: „Er liegt im Garnisonlazarett, dort hat er die beste Pflege. Der Fall ist schwer, wenn auch durchaus nicht aussichtslos."

Herr Schöler zuckte zusammen; er legte seine Hand für ein paar Sekunden auf die Augen. Man hörte sein schnelles, schweres Atemholen.

„Wenn Sie ihn zu sehen wünschen", nahm der Assessor wieder das Wort, „ich bin gern bereit, Sie in das Lazarett zu begleiten."

Der Fabrikbesitzer ließ rasch seine Hand sinken.

„Ja, kommen Sie!" Fabrikbesitzer Schöler trat eilfertig an den Garderobenständer. Während er, von dem Assessor höflich unterstützt, seinen Überzieher anlegte, machte sich sein Schmerz und sein Unwillen in heftigen Worten Luft: „Ich habe es gleich nicht gewollt. Hätte ich etwas derartiges ahnen können, hätte ich unter keinen Umständen zugegeben, daß er die Offizierskarriere wählte."

Der Assessor erwiderte auf diesen Ausbruch eines bekümmerten Vaterherzens nichts. Er nahm den Hut des Fabrikbesitzers vom Ständer herab und reichte ihn ihm zuvorkommend.

„Wollen Sie nicht ihre Frau Gemahlin erst in Kenntnis setzen?" fragte er.

Aber Herr Schöler verneinte heftig.

„Nein, nein! Später! Kommen Sie!"

Im Lazarett wollte man den Besuch nicht ins Krankenzimmer lassen. Der Schwerverwundete war noch nicht zu sich gekommen. Auf die dringende Bitte des Fabrikbesitzers und des Regierungsassessors wurde beiden Herren gestattet, für eine kurze Minute einzutreten. Herr Schöler trat erschüttert an das Krankenbett, strich seinem Sohn liebkosend über die Stirn und ließ sich von seinem Begleiter wieder hinausführen. Draußen erklärte der Arzt, daß die genauere Untersuchung ergeben habe, daß weder Herz noch Lunge verletzt waren. Deshalb glaube man jetzt schon die Hoffnung auf völlige Wiederherstellung aussprechen zu können.

Mit diesem kargen Trost mußte sich der bekümmerte Vater vorläufig zufrieden geben. Nun stand ihm die schwere Aufgabe bevor, Frau und Tochter von dem Vorgefallenen Kenntnis zu geben. Frau Schöler war außer sich und wollte schnurstracks in das Lazarett an das Krankenbett des Sohnes eilen. Ihre lebhafte Phantasie spiegelte ihr Furchtbares vor. Sie wollte sich durchaus selbst überzeugen, daß ihr Sohn noch am Leben sei. Herr Schöler hatte alle Mühe, die Aufgeregte zurückzuhalten und einigermaßen zu beruhigen.

Helene trug das Unglück ruhiger. Ihr Schmerz und ihre Angst machten sich lediglich in einem heftigen Tränenstrom Luft.

Ein wahrer Trost für die schmerzgebeugte Familie war es, daß Assessor Wichard an demselben Tage gegen Abend noch einmal erschien, um Bericht zu erstatten. Er hatte soeben im Lazarett Erkundigungen eingezogen. Besondere besorgniserregende Veränderungen hatten sich nicht gezeigt. Die behandelnden Ärzte hielten die Diagnose vom Vormittag noch immer aufrecht.

Auch am andern Morgen holte Herr Wichard den Fabrikbesitzer ab. Freilich, die Herren wurden nicht vorgelassen, sondern im Sprechzimmer des diensthabenden Arztes abgefertigt. Der Verlauf sei bisher der normale. Für die nächsten Tage seien Vorsicht und Schonung geboten. Den Angehörigen des Kranken wurde anheimgestellt, zweimal täglich Erkundigungen einzuziehen.

Assessor Wichard erwies sich in diesen schweren Tagen als ein guter, hilfreicher Freund der Familie Schöler. Er machte täglich seinen Besuch, um Neuigkeiten aus dem Lazarett zu überbringen und den Eltern, sowie der Schwester des Verwundeten Mut und Trost zuzusprechen und seiner festen Zuversicht auf eine nicht zu ferne völlige Wiederherstellung Ausdruck zu geben. Da inzwischen seine militärische Übungszeit zu Ende gegangen war, so erschien er jetzt in Zivilkleidung. Während aber Frau Schöler einmal in vertrauter Zwiesprache mit ihrer Tochter die Ansicht äußerte, daß der Assessor in Uniform einen imponierenderen Eindruck gemacht habe, empfand Helene im stillen, daß er jetzt im Gegenteil sympathischer erscheine, und daß er ihr sozusagen menschlich näher gerückt war. Die lähmende Scheu, deren sie sich früher in seiner Nähe nicht hatte erwehren können, verflüchtigte sich von Tag zu Tag mehr, und sie meinte, viel vertraulicher und behaglicher mit ihm plaudern zu können, seit er ihr im schlichten, bürgerlichen Rock gegenübertrat.

Am Tage nach dem Duell gab es eine aufgeregte Szene in der Schölerschen Villa. Ziemlich früh am Morgen erschien plötzlich Grete Brinkmann im Wohnzimmer der Familie. Herr Schöler war mit Assessor Wichard nach dem Lazarett aufgebrochen. Frau Schöler und Helene saßen beim Kaffee.

Bleich und übernächtigt stürzte das junge Mädchen ins Zimmer. Ihre Augenlider waren geschwollen und gerötet; sie schien die Nacht durchweint, statt geschlafen zu haben. Ohne Hut, mit wirrem Haar, dem man ansah, daß es noch nicht frisch gemacht war, stand sie vor den überraschten Frauen. Ihre Blicke wanderten wie irre im Zimmer umher und blieben zuletzt an der Türe haften, die in ein Nebenzimmer führte.

Helene war die erste, die sich faßte, und den Seelenzustand der Freundin erratend, ihr entgegeneilte.

„Was haben sie denn, Gretchen?" fragte Frau Schöler, halb unwillig, halb neugierig.

Grete Brinkmann schien die Frage garnicht gehört zu haben. Sie ergriff die Hand der an sie herantretenden Freundin und sah ihr mit einem Ausdruck wahnsinniger Angst ins Auge.

„Paul?" flüsterte sie dabei mit zuckenden Lippen.

Helene umspannte die Finger der Aufgeregten mit unwillkürlichem Druck, und ihre Augen füllten sich mit Tränen.

„Du weißt also schon?" fragte sie mit zitternder Stimme.

Grete Brinkmann nickte und warf einen angstvollen Blick nach der Tür. Ihre Brust rang stürmisch. Es stieg etwas Unwillkürliches in ihr herauf. Die Scheu vor der Mutter der Freundin wich der namenlosen Angst, die sie verzehrte.

„Kann ich ihn sehen?" stammelte sie.

„Aber er ist doch im Lazarett", erwiderte Helene. „Weißt Du das nicht?"

Grete Brinkmann sah die Freundin mit einem wirren, verständnislosen Blick an. Dann schien sie zu begreifen, und mit einer instinktiven Bewegung zog sie das Tuch, das sie um ihre Schultern geworfen hatte, fester, und machte zugleich eine Wendung nach der Tür.

(Fortsetzung folgt.)

Im Reichstag fanden sich auf Grund der eben angegebenen Stimmenzahl Bebel (Glauchau-Meerane) und Schraps (Zwickau-Krimmitschau) ein. Damals 2 Reichstagsmitglieder, heute 110.

Die Gewerkschaften musterten auf ihrem Eisenacher Kongreß im Juni 1872 0920 Mitglieder! Heute sind es rund 2,5 Millionen! Die beiden Richtungen der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands zählten 1871 rund 25 000 Mitglieder; heute sind es neun Zehntel Millionen, darunter über 100 000 Frauen!

Die Arbeiterpresse ließ sich 1871 an den Fingern beider Hände abzählen. Es waren an gewerkschaftlichen Organen der „Correspondent", das Buchdruckerorgan, der „Botschafter", das Zigarrenarbeiterblatt, der „Correspondent", die Zeitung der Hutmacher, der „Genossenschaftler", das Organ der Gold- und Silberarbeiter, und der „Sprechsaal", die Zeitung der Porzellanarbeiter. Als politische oder Parteipresse der Arbeiter des Jahres 1871 stand zur Verfügung der „Volksstaat" in Leipzig, die „Demokratische Zeitung" in Berlin, der „Braunschweiger Volksfreund", der Dresdener „Volksbote", die Chemnitzer „Freie Presse", die „Demokratischen Blätter" in Königsberg, das „Fürther demokratische Wochenblatt" und der „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund". Zusammen hatten all diese Blätter kaum 35 000 Abonnenten. Heute hat Partei- und Gewerkschaftspresse eine Auflage von über vier Millionen! Dazu kommen noch die wissenschaftlichen Zeitschriften und die in größeren Intervallen erscheinenden Agitationsblätter!

Die Arbeiterbewegung ist groß und stark geworden, weil viele ihre Pflicht erfüllten, und jede Stunde zur Erreichung ihres Ideals, einer gewaltigen Arbeiterbewegung, ausnutzten! An jedem einzelnen von uns liegt es, das begonnene Werk zu vollenden! An die Arbeit!

Gewerkschaftsbewegung.

Der Schuhmacherstreik in Schwenningen a. N. (Württemberg) wurde nach 16wöchentlicher Dauer durch Unterhandlungen vor dem Einigungsamt für die Arbeiter erfolgreich beendigt. [illegible] wurde eine Erhöhung der Akkordsätze, ferner Lo[illegible]n von 1 und 2 Mark pro Woche für Zeitlohnarbeite[illegible] [illegible]chädigung für Wartefristen, 25 Proz. Zuschlag für Überzeitarbeit, Freigabe der Fournituren für Handzwicker, Festlegung eines Tagelohnes von 3 75 Mk., Wiedereinstellung der Streikenden, von denen 39 sofort (1. Februar) anfangen konnten. Maßregelungen wegen Teilnahme am Streik dürfen nicht stattfinden. Die verlangte Verkürzung der Arbeitszeit von 9¾ auf 9½ Stunden pro Tag mit Einführung der 1½stündigen Mittagspause konnte nicht durchgesetzt werden; die Unternehmer verpflichteten sich aber, diese sofort durchzuführen, sobald dies von den größeren Fabriken am Ort (Uhrenindustrie) geschieht. Von besonderer Bedeutung ist der moralische Erfolg der Arbeiter. War es doch darauf abgesehen, die Organisation auf Jahre lahmzulegen, woran die Großindustriellen der Uhrenindustrie besonders interessiert sind. Die Arbeiter standen aber nach 16 Wochen so geschlossen da, wie zu Beginn des Ausstandes. Die christliche Organisation, die mit 7 Personen am Streik beteiligt war, hat sich auch bei diesem Kampf wieder einmal als eine Organisation des Arbeiterverrats gezeigt. Anfangs streikten die Leute mit. Am 16. Dezember aber verlangte der Vertreter der Christlichen, daß diese die Arbeit wieder aufnehmen. Die jetzt von diesem Herrn Hautli zur Verdeckung seiner Handlungsweise beliebte „Berichterstattung" wurde von einem Fabrikanten mit dem Ausdruck belegt: „Das ist einfach gelogen!"

Zu der Tarifbewegung in der Holzindustrie ist zu berichten, daß die unter dem Beisein der beiderseitigen Zentralvorstandsvertreter geführten örtlichen Verhandlungen bereits in Kassel zu einer vollständigen Einigung geführt haben. Nachdem die Unternehmer ein ganz anerkennenswertes Entgegenkommen zeigten, ließen auch die Arbeiter von ihren Forderungen einiges ab, worauf die Vorstandsvertreter den Parteien Vergleichsvorschläge unterbreiteten, die beiderseits akzeptiert wurden. Es wurde ein neuer vierjähriger Vertrag abgeschlossen, der den Arbeitern folgende Verbesserungen bringt: Die Arbeitszeit wird am 1. Juli 1912 um eine Stunde pro Woche verkürzt, sodaß alsdann die wöchentliche Arbeitszeit 53 Stunden beträgt. An Lohnerhöhungen sind zugestanden sofort mit Inkrafttreten des neuen Vertrages (17. Februar 1912) 2 Pfg. pro Stunde, am 1. Juli 1912 1 Pfg., am 1. Juli 1913 2 Pfg. und am 15. Februar 1914 1 Pfg., also insgesamt 6 Pfg. innerhalb der ersten beiden Vertragsjahre. Der vertragliche Durchschnittslohn steigt sofort auf 51 Pfg. pro Stunde und erhöht sich am 1. Juli 1912 auf 52 Pfg., am 1. Juli 1913 auf 54 Pfg. und am 15. Februar 1914 auf 55 Pfg. pro Stunde. Es sind außerdem Verbesserungen zugestanden in der Entlohnung der Überstunden und der Montagearbeiten, auch ist ein Aufschlag von 3 Pfg. pro Stunde vorgesehen für Arbeiten in Neu- und Umbauten am Orte, wofür es bisher überhaupt keinen Aufschlag gab. Und was eine der wichtigsten Fragen der ganzen diesjährigen Vertragsbewegung bildet, nämlich die von den Arbeitern eingereichte Vertragsvorlage, die den Scharfmachern im Unternehmerlager so ganz und garnicht gefallen will, ist für Kassel glatt erledigt, indem die Vorlage der Arbeiter fast wörtlich angenommen wurde. — Gegenwärtig zeigen sich die Unternehmer in der südwestlichen Ecke besonders rabiat und lehnen so gut wie jedes Entgegenkommen vorläufig ab. Hoffentlich wird das Verhalten ihrer Kasseler Kollegen einen günstigen Einfluß auf sie ausüben, damit sie nicht, wie vor einigen Jahren schon einmal, den Anschluß wieder versäumen und dann durch Kampf zur Anerkennung dessen gezwungen werden müssen, was anderwärts auf friedlichem Wege durchgesetzt werden konnte. Was dabei für sie zu holen ist, hat ihnen ja im vorigen Jahre das Hamburger Beispiel zur Genüge gezeigt.

Ein Straßenbahndirektor als Streikhetzer. Der bei der städtischen Straßenbahn in Karlsruhe seit etwa einem Jahre angestellte Direktor B. ließ vor seiner Festanstellung beim Fahrpersonal kein Zweifel darüber, daß er es gerne sehe, wenn sich das Personal einer gewerkschaftlichen Organisation anschließe. Das Personal ließ sich dies nicht zweimal sagen, und kurz darauf beschloß eine Generalversammlung, den bestehenden Lokalverein an den Transportarbeiterverband anzugliedern, welcher Beschluß jedoch durch Quertreibereien von anderer Seite nicht völlig zur Durchführung kam. Jedoch schloß sich ein beträchtlicher Teil der Straßenbahnangestellten dem Verbande an, so daß bei der Wahl zu einem Personalausschuß für den Vorschlag des Verbandes 100 bis 107 Stimmen und für den Vorschlag der Gelben nur 20 bis 37 Stimmen abgegeben wurden. Nachdem nun der Direktor seine Anstellung im Sacke hat, hat er auch eine völlige Schwenkung seiner Anschauungen vollzogen. Er versucht nun das Personal zu Unüberlegtheiten zu verleiten, in der Hoffnung, daß er durch einen verunglückten Streik eine Anzahl der alten, besser bezahlten Leute los werden könnte. Er hat Angestellten angeraten doch einmal zu streiken (!), er würde dabei ein schönes Stück Geld ersparen. Sein ganzes Verhalten deutet überhaupt darauf hin, daß er einen Konflikt gerne sehen würde, wahrscheinlich denkt er dabei, seine Interessen besser wahrnehmen zu können. Die organisierten Straßenbahner werden dem Herrn jedoch nicht den Gefallen tun und mag er noch so viel im trüben fischen. Dieser Herr spekuliert nämlich darauf, daß der bisher kommunale Betrieb in die Hände einer Privatgesellschaft übergehen soll, wo ihm dann nicht mehr „so viele reinreden" können. Soviel wir hören, will sich der Karlsruher Stadtrat in seiner nächsten Sitzung diesen sonderbaren Direktor einmal genauer unter die Lupe nehmen.

Arbeitslosenzählung im Bauarbeiterverband.

In der Nr. 5 des „Grundstein" wird das Resultat der ersten vom Bauarbeiterverband vorgenommenen Arbeitslosenzählung veröffentlicht, die in allen Zweigvereinen im ganzen Reiche am Sonnabend, dem 15. Dezember stattfand. Bei dem milden Wetter, das den ganzen Dezember hindurch herrschte, war von vornherein zu erwarten, daß der Prozentsatz der Arbeitslosen nicht allzu groß sein würde. Diese Erwartung wurde denn auch bestätigt. Von den 281 114 befragten Mitgliedern waren 35 173 oder 13,84 Proz. arbeitslos, und zwar 24 339 oder 9,57 Proz. wegen tatsächlichen Arbeitsmangels, 1453 oder 0 57 Proz. wegen schlechter Witterungsverhältnisse und 9381 oder 3,70 Prozent wegen Krankheit.

In den einzelnen Landesteilen ist der Grad der Arbeitslosigkeit sehr verschieden, und zwar haben die ganz oder vorwiegend industriellen Gebiete eine erheblich niedrigere Arbeitslosenziffer aufzuweisen, als die vorwiegend ländlichen Gebiete. Am niedrigsten ist die Arbeitslosenziffer in der Provinz Westfalen mit den Fürstentümern Lippe und Waldeck. Hier wurden nur 6,5 Proz. Arbeitslose gezählt. In der Rheinprovinz waren es 7,2 Proz., in Hamburg und in Lübeck 8,1 Proz., im Herzogtum Braunschweig, dem Großherzogtum Oldenburg, dem Staatsgebiet Bremen und der Provinz Hannover 8,3 Proz., im Großherzogtum und in der Provinz Hessen 9 2 Proz., im Königreich Sachsen sowie in Württemberg, Baden und der bayerischen Pfalz je 10,4 Proz. und in der Provinz Sachsen mit den thüringischen Staaten und Anhalt 11,1 Proz. In allen übrigen Landesteilen stand die Arbeitslosenziffer über dem Reichsdurchschnitt, und zwar in der Provinz Pommern auf 16,8 Proz., im Königreich Bayern (ohne die Rheinpfalz) auf 18 Proz., in der Provinz Schlesien auf 19,4 Proz., in Elsaß-Lothringen auf 23 Proz., in der Provinz Brandenburg mit Berlin auf 23,1 Proz. in Ostpreußen, Westpreußen und Posen auf 29 Proz. und in Mecklenburg auf 30 60 Proz.

Es kann also gesagt werden, daß die Bauarbeiter im Dezember mit der Arbeitsgelegenheit im allgemeinen Glück gehabt haben; denn in den ländlichen Gebieten wird die Bauarbeit um diese Zeit teilweise ganz eingestellt, so daß die hohen Prozentzahlen in diesen Gebieten nichts Außergewöhnliches sind. Dafür besteht aber, wenn der Winter nicht noch strenger einsetzt, allerdings die Gefahr, daß die Arbeitsgelegenheit im Frühjahr viel schlechter sein wird als sie nach einem strengen Winter gewesen wäre. Die Bauarbeiter wissen das, und deshalb sehen viele von ihnen eine kurze Ruhepause infolge starken Frostes nicht ungern; denn es ist, wenn schon gefeiert werden muß, für sie immer noch angenehmer, im Winter bei Frost und Schnee zu feiern, als dies im schönen warmen Frühling zu müssen. Im Winter ist ja der Verdienst infolge der kurzen Tage und der häufigen Unterbrechungen so wie so sehr niedrig und die Arbeit im Freien sehr unangenehm. Auch läßt die Tatsache, daß man im Winter wegen rauhen Wetters aussetzt, den Mut der Bauarbeiter nie so tief sinken, wie die sommerliche Arbeitslosigkeit infolge schlechter Konjunktur. Die bei Frost oder starkem Schneefall Aussetzenden wissen, daß sie sofort wieder weiter arbeiten können, wenn der Frost nachläßt oder der Schnee schmilzt, ja, sie haben sogar die Gewißheit, daß dann erst recht viel Arbeit vorhanden ist. Die bei schlechter Konjunktur wegen tatsächlichen Arbeitsmangels Feiernden müssen dagegen immer mit Angst und Grausen in die Zukunft sehen.

Freilich, für die einzelnen Winterarbeitslosen und ihre Familien wird durch solche Erwägungen die Not nicht gemilderter, die sich zumeist schon bei ganz kurzer Arbeitslosigkeit bemerkbar macht, und für viele Bauarbeiter bedeutet Frostwetter bei guter Konjunktur nichts weiter, als daß sie mit besserem Gewissen die im Winter sowieso notwendigen Schulden machen können, weil sie die Möglichkeit der baldigen Abzahlung vor Augen sehen.

Sehr zu bedauern ist, daß sich von den 1048 Zweigvereinen des Verbandes 125 nicht an der Statistik beteiligt haben und daß auch in anderen Vereinen ein großer Teil der Mitglieder nicht von der Zählung erfaßt worden ist. Dadurch wird naturgemäß der Wert der Statistik stark beeinträchtigt, und es kann nur dringend gewünscht werden, daß sich an den künftigen Zählungen nicht nur jeder Zweigverein beteiligt, sondern auch Einrichtungen trifft, die die Gewähr dafür bieten, daß bei den Zählungen alle Mitglieder erfaßt werden.

Soziales.

Ausgediente Offiziere in der Verwaltung von Ortskrankenkassen. Es wurde kürzlich mitgeteilt, daß als eine der nächsten Segnungen der Reichsversicherungsordnung ausgediente Offiziere in die Verwaltungen der Ortskrankenkassen gesteckt werden sollten. Für diejenigen, die solche Reform der Selbstverwaltung der Krankenkassen wohl auf den ersten Blick für einen schlechten Scherz gehalten haben mögen, diene zum Beweis, daß die Kommunalverwaltungen schon emsig an der Arbeit sind, für ausgediente Offiziere solche Stellen zu suchen. An die Vorstände von Elberfelder Ortskrankenkassen wurde schon ein Schriftstück folgenden Inhalts gesandt:

„Elberfeld, den 30. Januar 1912.

Der Oberbürgermeister.
Gesch. Nr. 6 B. 5474.

Seitens der Staatsverwaltung ist in Aussicht genommen, bei einem Teile der Versicherungsämter verabschiedete Offiziere als mittlere Beamte oder nebenamtlich zu beschäftigen, denen die Aussicht auf Anstellung im Zivildienst verliehen ist. Für die Erwerbung der Befähigung hierzu ist eine mehrjährige Vorbereitungszeit in Aussicht genommen, die teilweise auch bei Krankenkassen zurückzulegen ist.

Den Vorstand ersuche ich, mir spätestens bis zum 4. Februar d. Js. mitteilen zu wollen, ob der Vorstand bereit ist, im dortigen Krankenkassenbetriebe einem oder mehreren verabschiedeten Offizieren Gelegenheit zur Ausbildung in den Geschäften der Krankenversicherung und eventuell frühestens von welchem Zeitpunkte ab, sowie in welcher Dauer zu gewähren.

J. V.:
Der Beigeordnete.
(gez. Forkel."

Soweit uns bekannt geworden ist, haben die Verwaltungen der Elberfelder Ortskrankenkassen für den Zuwachs von Kollegen aus Offizierskreisen kein Verständnis bekundet und, weil außerdem „alles besetzt", dankend abgelehnt. Vielleicht versucht man es in Zukunft mit stärkeren Mitteln, die Selbstverwaltung der Arbeiter auf die Höhe zu bringen und für alte Feldherren auf Bureausesseln Sinekuren zu schaffen. Die Blüchers und Wrangels werden sich aber im letzteren Falle sehr wundern, daß man in den Verwaltungen der Ortskrankenkassen für Geld auch Arbeit verlangt.

Die ärztlichen Scharfmacher erlitten Freitag in der 2. Kammer des sächsischen Landtags eine derbe Abfuhr. Ein Leipziger Arzt hatte eine Petition an den Landtag gerichtet um Revision der ärztlichen Standesordnung. Er war dieserhalb vor den Ehrengerichtshof zitiert worden. Die Redner der Parteien sowohl der sozialdemokratischen, als der liberalen und der freisinnigen verurteilten aufs schärfste diesen Mißbrauch der ärztlichen Standesordnung. Es könne unter keinen Umständen angehen, daß den Ärzten ihre Staatsbürgerrechte beeinträchtigt würden. Es sei das verfassungsmäßige Recht eines jeden Staatsbürgers, an den Landtag zu petitionieren. Besonders unser Gen. Fräsdorf kennzeichnete die ärztliche Standesorganisation. Der Terrorismus der Leipziger Ärzte sei ein großer. Wenn man wieder einmal über den Terrorismus der Arbeiter klagen sollte, dann würde er das ganze Material im Landtag zur Besprechung bringen. Die Regierung hat ebenfalls das Verfahren der Leipziger Ärzte als einen Mißbrauch bezeichnet.

Kommunales.

Der harte Winter veranlaßt fortschrittlich gesinnte Gemeindeverwaltungen, Notstandsmaßnahmen zu treffen. Der Jenaer Gemeinderat beschloß, die verheirateten Arbeitslosen mit Notstandsarbeiten (Schneeschaufeln und Erdarbeiten) für den ortsüblichen Lohn von 2,80 Mk. pro Tag zu beschäftigen. Zu diesem Zwecke bewilligte der Gemeinderat zunächst für die Dauer von einem Monat 3000 Mark.

Der Raubkrieg.

Die Italiener haben sich schon wieder mausig gemacht. Sie haben eine französische Niederlassung bombardiert! Die „Liberte" veröffentlicht folgende Einzelheiten: Die italienische Regierung habe am 27. Januar unter dem Vorwand der Blockade der türkischen Roten-Meer-Küste die Eisenbahngesellschaft von Hodeida-Sebana aufgefordert, die von ihr an der Küste besetzten Punkte zu räumen. Die Gesellschaft hat dagegen Einspruch erhoben, und da sie der italienischen Forderung innerhalb der ihr gestellten Frist von fünf Tagen nicht nachkam, bombardierten die Italiener ihre Niederlassungen. Alles Schiffsmaterial und verschiedene Baulichkeiten wurden zerstört, das rollende Material stark beschädigt. Das aus vierzig Leuten bestehende Personal der Gesellschaft, darunter dreizehn Ingenieure mit ihren Familien, wurden von den strengen Maßnahmen der italienischen Behörden hart betroffen. Der unerträgliche Charakter der italienischen Angriffe würde noch durch die Tatsache verschärft, daß die Blockade in Wirklichkeit sich nur auf die Häfen von Hodeida und Sebana erstrecke, wo die französischen Interessen sehr beträchtliche seien, 1. wegen der im Vorjahre von einer französischen Bankengruppe der türkischen Regierung gewährten Anleihe von 23 Mill. Fr., für welche die Zolleinnahmen von Hodeida und Sebana die Bürgschaft bilden, und 2. wegen der Bahn von Hodeida und des Hafens Sebana, deren Bau von einer französischen Gruppe übernommen wurde. Die „Liberté" fordert die französische Regierung dringend auf, entschieden und unverzüglich Vorstellungen in Rom zu erheben und dabei im Einverständnis mit der englischen Regierung zu handeln, da auch die englischen Interessen durch das willkürliche Vorgehen der Italiener schwer verletzt werden. Die Entsendung französischer Kriegsschiffe in das Rote Meer sei ebenso dringend als unerläßlich. Die französische öffentliche Meinung könne die so hartnäckig fortgesetzten Angriffe der Italiener gegen die Interessen und die Flagge Frankreichs nicht hinnehmen.

Ein Fischerdorf verhungert.

Durch eine Expedition nach Nowaja Semlja wurde, wie aus Petersburg geschrieben wird, die Tragödie eines Fischerdorfes bekannt. Ein Fischindustrieller von Archangelsk siedelte im Jahre 1909 Fischer mit ihren Frauen und Kindern an der kleinen Bucht auf Nowaja Semlja an, um die Fischarten des Eismeeres näher kennen zu lernen und seine Geschäfte zu vergrößern. Leider hatte dieser Fischindustrielle mehr an seinen Gewinn als an die ausreichende Verproviantierung der Fischerfamilien gedacht, die eines furchtbaren Hungertodes starben. Die Fischer, die zehn Monate von der Außenwelt abgeschnitten bleiben mußten, waren in einer unzureichenden Weise verproviantiert worden. Als der Fischindustrielle einen Dampfer abschickte, um nach seinen Angestellten zu sehen, fand man alle verhungert vor. Ein in den Hütten der Verhungerten vorgefundenes Tagebuch entwirft ein klares Bild des ergreifenden Dramas, das sich im Eismeer abgespielt hat. Zuerst trat auf Grund der immer knapper werdenden Kost Krankheit unter den Fischern ein, der viele erlagen, bis die letzten verhungerten. Die Tagebuchaufzeichnungen beginnen mit folgenden Schilderungen:

„Wir haben keine Vorräte, wir fangen nichts oder nur ein kleines Fischchen . . . ein Schiff schien heranzunahen, aber wir haben uns getäuscht . . . Es ist furchtbar, zu sehen, wie unsere Kinder verhungern. Sie bitten flehentlich, wir sollen ihnen helfen, aber wieso? . . . . . Wir essen die Wolle unserer Kleider und hoffen auf baldige Rettung . . . Die Kinder sind alle tot . . . Es leben nur noch vier Fischer und zwei Frauen . . . Schreckliche Qualen erleiden wir . . . Zwei Fischer starben, sie haben Fleisch von den Toten gegessen . . . Ich, Sonow, bin noch allein am Leben und schreibe dies schon ganz schwach, ganz schwach . . . . ich zittre schon, meine Augen zittern und auch meine Hände . . ."

Hier brechen die Aufzeichnungen ab, das Bild des Dorfes war furchtbar. Die Hütten waren leer und halb zerfallen; ringsum lagen die Gebeine der Verhungerten, die gerade da starben, wo sie standen. Drei Erwachsene hielten anscheinend beim Sterben ihre Kinder umschlungen. — Die Expedition von Russanow hat übrigens im verflossenen Sommer an der Südostküste von Nowaja Semlja die Spuren einer ähnlichen Tragödie entdeckt. Auch hier waren noch Anzeichen vorhanden, daß ein ganzes Dorf ausgestorben war.

Aus dem Gerichtssaal.

Das Urteil im Spionageprozeß Stewart wurde Sonnabend verkündet. Der Angeklagte wurde wegen versuchter Spionage nach § 1 des Spionagegesetzes zu drei Jahren und sechs Monaten Festungshaft unter Anrechnung von vier Monaten der Untersuchungshaft verurteilt. Nach Schluß der Verhandlung rief der Angeklagte mit lauter Stimme in englischer Sprache in das Publikum: „Ich bin unschuldig und will, daß jedermann in England dies erfährt!"

Aus Nah und Fern.

Verhaftung eines Eisenbahnräubers. In einem westlichen Vororte Berlins lebte ein Zivilingenieur Emil D., ein 40jähriger Mann, mit Frau und Kindern. Er verbrauchte für seine Familie etwa 12 000 Mk. jährlich. Oft unternahm er Reisen und erklärte dann, daß er wieder ein gutes Geschäft gemacht habe. Es hat sich nun herausgestellt, daß D. in Wirklichkeit ein Eisenbahnräuber ist, der schlafende Reisende ihrer Barschaft beraubte. In einem D-Zug von Bitterfeld nach Halle a. S. waren einem Fabrikanten aus Nürnberg Schmucksachen im Werte von 20000 Mk. gestohlen worden. Der Beraubte hatte eine hohe Belohnung ausgesetzt. Um das Werk seines Diebstahls noch durch einen Akt großer Kühnheit zu krönen, fuhr D. nach Nürnberg und bot dem Fabrikanten an, ihm die geraubten Schmucksachen gegen entsprechende Belohnung zu verschaffen. Der Fabrikant war mißtrauisch und benachrichtigte die Polizei. D. wurde verhaftet und man fand bei ihm in sicherem Gewahrsam Brillanten und sonstige Schmucksachen des Nürnberger Fabrikanten. Der Behörde erzählte er, er sei bei einem Spaziergang in Groß-Lichterfelde zum Bahndamm gekommen und da sei aus dem Schnellzug Halle—Berlin ein Paket von einem Mann mit einer Maske herausgeworfen worden. Dieses Paket habe er an sich genommen und behalten, um mit dem Inhalt seiner Familie eine Weihnachtsfreude zu machen. Die Angehörigen geben an, daß er ein hochgradiger Morphinist und Kleptomane sei.

Die Barbarei der Todesstrafe. Vor einigen Tagen wurde in Dresden der Maurer Göhlert, der einen siebzigjährigen Mann erschlagen und beraubt hatte, hingerichtet. Die Strafvollstreckung war, wie wir bereits kurz meldeten, ein entsetzlicher Roheitsakt. Die „Dresdner Nachrichten" bringen darüber folgende Schilderung: „Göhlert ist schwer gefesselt, die Hände liegen auf dem Rücken. Er hat, wie man später erfuhr, noch auf dem Wege von der Zelle bis zum Hofe dem ihn begleitenden Anstaltspfarrer zugerufen, „Liebe, Treue und Gerechtigkeit seien auf Erden verschwunden. Angesichts der Guillotine schweigt er zunächst. Die Gehilfen des Scharfrichters drehen ihn mit dem Gesicht den Zeugen zu. Staatsanwalt Dr. Weichert verliest mit lauter Stimme: „Der hier vorgeführte Ernst Friedrich Göhlert ist vom Schwurgericht zu Dresden wegen Mordes rechtskräftig zum Tode verurteilt worden. Se. Majestät haben beschlossen, vom Begnadigungsrecht keinen Gebrauch zu machen." Die übrigen, an den Landesscharfrichter gerichteten Worte werden übertönt von der lauten, kreischenden Stimme Göhlerts, der sich so heftig sträubt, daß sechs Mann ihn Schritt für Schritt auf das Gerüst förmlich hinaufschleppen müssen. Schaurig klingen seine Worte von den hohen Wänden wider und in die Stille des Morgens hinaus: „Meine Herren, ich möchte erst noch etwas mit Euch sprechen. Ich bin zu Unrecht verurteilt worden. Das ist Ihnen nicht mitgeteilt worden von der Justiz. Nehmen Sie sich das zu Herzen. Es ist mein letzter Gang. Ich habe ein Schriftstück an meine Frau abgegeben, da steht das drin; das ist aber nicht abgegeben worden. Ihr wißt nun, wie es zugegangen ist. Meine . . ." So weit kam Göhlert, dann hörte man ein dumpfes Aufschlagen des Fallbeils . . . . Tieferschüttert verließen die Zeugen, der Aufforderung der Beamten entsprechend, sofort den Hof." — Angesichts solcher Vorkommnisse muß immer lauter und dringender der Ruf erschallen: Fort mit der Todesstrafe!

Auf dem Eichsfeld ist ein Ding passiert . . . In der katholischen Kirche zu Steinbach (Kreis Worbis, Eichsfeld) hat sich ein eigenartiger Vorfall abgespielt, über den der dortige Kriegerverein folgende Darstellung der Öffentlichkeit übergibt: „Der Kriegerverein zu Steinbach wollte auch in diesem Jahre in althergebrachter Weise den Geburtstag des Kaisers verbunden mit seinem Stiftungsfest feiern. Leider hatte er aber die Rechnung ohne den Pfarrer Kullmann gemacht. Seit 40 Jahren geht nämlich der Verein (wie überall üblich) mit Fahne und Musik des Morgens zum Festgottesdienst. Die Fahne wurde in den vielen Jahren unmittelbar vor dem Hochaltar in einem eigens dazu angebrachten Befestigungshaken aufgestellt, der jetzt entfernt war. Diesmal wurde dem Fahnenträger von dem Pfarrer energisch bedeutet, die Fahne direkt hinter die Tür in die Ecke zu stellen, was indessen vom Verein entschieden abgelehnt wurde. Daß es hierdurch zu einem kleinen Aufruhr in der Kirche kam, läßt sich wohl denken. Der Kriegerverein, der sich durch diese Behandlung mißachtet und gekränkt fühlte, folgte nun mit etwa 53 Mann dem Kommando „Fahne raus!" und marschierte mit Fahne und Musik aus der Kirche ins Vereinslokal. Der unliebsame Vorfall hatte unsere alten Veteranen von 1866 und 1870 zu Tränen gerührt, und das junge Kriegervolk war so aufgeregt, als wenn mobil gemacht wäre. Durch solche Vorkommnisse, die geeignet sind, die Unzufriedenheit im Volke noch zu vermehren, wird doch Patriotismus und Vaterlandsliebe nicht geweckt. Soll denn die rote Armee mit Gewalt verstärkt werden?" — Mögen die Pfarrer nur in dieser Weise weiter arbeiten. Die Sozialdemokratie wird schon nicht den kürzesten dabei ziehen!

Was sind Sozialdemokraten? In der demokratischen Straßburger „Bürgerzeitung" lesen wir folgendes lustige Geschichtchen aus der Wahlzeit: Vor einiger Zeit versandte die Kreisdirektion eines oberelsässischen Bezirks ein Zirkular für die bevorstehende Wahl, ein gedrucktes Zirkular, worin jeder Bürgermeister aufgefordert wird, anzugeben, wie viele Katholiken, Protestanten und Sozialdemokraten am Orte seien. Der Bürgermeister eines kleinen Ortes legte das Schriftstück ruhig beiseite. Auch bei einer nochmaligen Zusendung des Formulars reagierte er nicht. Der Kreisdirektor, dem das säumige Dorfoberhaupt bekanntgegeben wurde, nahm sein Auto und fuhr zu diesem Manne. Nach höflicher Begrüßung und Erstaunen unseres biederen Ortsvorstandes fragte der Kreisdirektor den Bürgermeister: „Sagen S' mal, warum haben Sie denn bis jetzt unsere beiden Schreiben nicht beantwortet? Wir fragten, wieviel Katholiken, Protestanten und Sozialdemokraten Sie im Dorfe haben." „Ja," sagte das Bauerndorfoberhaupt, „was weiß ich, was Sozialdemokrate sin!" Kreisdirektor: „Sozialdemokraten sind Leute, welche nie zufrieden und auch nicht zufrieden zu stellen sind." Bürgermeister: „Jo — do han m'r zwei im Dorf, de Schulmeischter und de Pfarrer!"

Der Neuzeler Hafen ist zugefroren. Zwei Eisbrecher konnten die Fahrrinne nicht frei halten.

Krieg im Frieden. Während der Manöver im Torezki-Lager bei Kiew platzte unerwartet ein Schrapnellgeschoß. Fünf Mann wurden verwundet, von ihnen sind zwei bereits gestorben.

Der Ringkämpfer Czyganiewicz getötet. Bei einem Ringkampfturnier in einem Varietee in Lodz wurde der bekannte Meister des Ringkampfs Czyganiewicz von einem italienischen Ringkämpfer so heftig auf beide Schultern geworfen, daß er regungslos am Boden liegen blieb. Die sofort hinzueilenden Ärzte konnten nur noch den Tod feststellen.

Zum Untergang des englischen Unterseebootes. Den Arbeiten zur Rettung der mit dem Unterseeboot untergegangenen Mannschaften stellen sich durch stürmisches Wetter und Schneetreiben große Schwierigkeiten entgegen. Eine große Menschenmenge harrte trotz des stürmischen Wetters am Ufer der Insel Wight, um die Rettungsarbeiten zu verfolgen. Erst in der Nacht gelang es jedoch, die Lage des Schiffes mittels Scheinwerfer festzustellen. Das Unterseeboot ruht auf einer Sandbank 40—50 Fuß tief unter dem Meeresspiegel. Die Rettungsarbeiten mußten jedoch bald eingestellt werden. Bei den Arbeiten wurden acht Arbeiter verletzt. Es dürfte jedoch noch einige Tage dauern, bis das gesunkene Unterseeboot gehoben werden kann.

Auf hoher See in Brand geraten ist bei Virginia der von Galveston nach Hamburg befindliche Liverpooler Dampfer „Consols". Das Schiff sank. Die Mannschaft wurde gerettet.

Ein neues Erdbeben in Griechenland. Nachdem erst vor wenigen Tagen die jonischen Inseln von mehreren heftigen Erdstößen heimgesucht wurden, hat am Donnerstag wieder ein starkes Erdbeben die Bevölkerung in Aufregung und Schrecken versetzt. Das Beben hat besonders auf Kephalonia und Zante großen Schaden angerichtet. Das Dorf Skala an der Südostküste Kephalonias wurde vollständig zerstört. Zwanzig Personen sollen getötet und eine große Anzahl verwundet sein. In Lixurien stürzte die alte aus venezianischer Zeit stammende Kirche ein. Der Flecken Mayrata wurde vollständig zerstört. Sämtliche Wohnhäuser sind vernichtet.

Der Süd-Nord-Expreß im Schnee stecken geblieben. Der Sonnabend abend 10 Uhr in München fällige, von Cannes nach Berlin verkehrende Süd-Nord-Expreß ist ausgeblieben. Er soll in der Nähe von Genua infolge des starken Schneefalles die Fahrt nicht haben fortsetzen können.

Schneestürme im nordwestlichen Sibirien. Während zweier Tage und im Ischimbezirk achtzehn Menschen und sieben Pferde erfroren. Dreißig Personen sind durch einen Schneesturm verschüttet worden. Ihre Ausgrabung ist in Angriff genommen.

Eine Funkentelegraphenstation bei Stockholm. Für die Errichtung einer Funkentelegraphenstation bei Stockholm haben sich neben Vertretern der Finanz, Schiffsreedereien auch zahlreiche Gelehrte bei der Regierung verwandt. Um den Plan zu verwirklichen, ist eine Aktiengesellschaft mit zwei Millionen Kronen Kapital gegründet worden. Die Station, deren Errichtung Marconi übertragen werden soll, wird eine Reichweite von 2000 Kilometern erhalten, so daß man beispielsweise mit Spitzbergen und Sizilien in unmittelbaren Verkehr treten können wird. Der wichtigste Grund zum Bau dieser Station ist das Bestreben, Schweden von der drückenden Abhängigkeit von der „Großen Nordischen Telegraphengesellschaft" in Kopenhagen zu befreien, die die schwedisch-englischen Kabel besitzt; diese beherrscht die Tarife in einer Weise, die von der schwedischen Gesellschaft schon lange als unhaltbar empfunden wird.

Kleine Nachrichten. In der Bornholmer Straße in Berlin hat nachts eine Frau Peach ihrem viereinhalbjährigen Töchterchen den Hals durchschnitten und sich darauf erhängt. Beide sind tot. Dies ist in drei Tagen die fünfte Familientragödie in Berlin. — In Templin sind bei einem Feuer zwei vier- und fünfjährige Kinder erstickt. — Wieder eine Hinrichtung. Der Arbeiter Mämecke (Allrode), der im Oktober vom Schwurgericht in Braunschweig wegen Ermordung seiner beiden Kinder zum Tode verurteilt worden war, ist Sonnabend früh hingerichtet worden. — Einen schrecklichen Tod erlitt der 86jährige Gründer und Mitinhaber der Firma Hecker u. Sohn, Akt.-Ges., Blech- und Lackierwaren in Bernsbach i. E., August Hecker. Er wurde im Maschinenhause von der Maschine erfaßt und zu einer unförmlichen Masse zerrissen. — Freitag abend fuhr in Ludwigshafen ein Lastautomobil gegen die geschlossene Schranke des Bahnüberganges in der Frankentaler Straße. Durch den Anprall schnellte die Schranke in die Höhe. In diesem Augenblick wurde das Auto von einem Eilzuge erfaßt und beiseite geschleudert. Der Chauffeur war sofort tot, das Auto wurde gänzlich zertrümmert. Wahrscheinlich hatte der Chauffeur bei dem herrschenden Schneegestöber übersehen, daß die Schranke geschlossen war. — In Straßburg i. E. hat der Kellner Feist seiner Frau, mit der er wegen Nahrungssorgen in Unfrieden lebte, im Streit den Hals durchschnitten und dann sich selbst am Halse schwere Verletzungen beigebracht. Die Frau ist tot. — Nach Genuß von Hefekuchen erkrankte die Familie eines Gutsbesitzers in Vernich. Sämtliche Personen, 11 an der Zahl, liegen unter schweren Vergiftungserscheinungen darnieder, die durch das zum Backen verwendete Öl entstanden sein dürften. — Der Schneider Franz Reichelt wollte sein für die Aviatik bestimmtes Fallschirmkostüm erproben und sprang von der ersten Plattform des Eiffelturmes in Paris herab. Der Fallschirmapparat des Kostüms versagte und Reichelt stürzte ab; er brach beide Beine und das Rückgrat und war sofort tot. Der Verunglückte war Junggeselle. — Der Flieger Lemaguet stürzte in Versailles ab und starb an den schweren Verletzungen. — In der Zitadelle in Täbris erfolgte bei der Wegschaffung beschlagnahmter persischer Geschosse eine Explosion. Ein Offizier und fünfzehn Soldaten wurden getötet, sieben Personen wurden verwundet.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Die Walküre", Musikdrama in 3 Aufzügen von Rich. Wagner. Erster Tag der Tetralogie „Der Ring des Nibelungen." Wenn man auch wünschen möchte, daß Wagners gewaltige vier Abende umfassende Nibelungentragödie zunächst in chronologischer Reihenfolge zur Aufführung gelangen würde, so ist doch auch eine gute Wiedergabe einzelner Teile sicherlich recht wertvoll. Am Sonnabend brachte uns die Direktion Fuchs erstmalig „Die Walküre", die bekanntlich dem „Rheingold" folgt. „Die Walküre" ist wohl derjenige Abschnitt der Tetralogie, der sich der größten Volkstümlichkeit erfreut, trotz zahlreicher unverkennbarer Längen, die man bei nur mäßiger Wiedergabe des Werkes umsomehr verspürt. Am Sonnabend brachte uns die „Walküre" einige hochbedeutsame Leistungen unserer einheimischen Künstler. Den Sigmund sang der glänzend disponierte Herr Pistori mit warmem Empfinden und prachtvollem Ausdruck. Ihm zur Seite stand Frl. Widhalm als eine ihm in Gesang und Darstellung gleichwertige Sieglinde. Der Brünnhilde der Frau Kruse-Tiburtius würde man rückhaltlose Anerkennung schulden, wenn die vortreffliche Künstlerin der Wotanstochter noch mehr Größe und Hoheit verleihen könnte. Der Hunding hatte in Herrn Fabian einen annehmbaren Vertreter, während Frl. Arkadij der Fricka gar zu wenig „göttliche" Züge verlieh. Als Wotan gastierte Herr de Garmo vom Hamburger Stadttheater auf Engagement für die nächste Spielzeit. Der Sänger wird an der großen Bühne unserer Schwesterstadt meistens nur in kleineren Partien beschäftigt; man hatte deshalb Ursache seinem Auftreten mit nicht gerade allzuhoch gespannten Erwartungen entgegen zu sehen. Wenn dennoch der Gesamteindruck des Gastes gar nicht übel war, so war das nur eine angenehme Enttäuschung. Der Bariton des Herrn de Garmo ist kräftig, ohne allerdings durch besonderen Wohllaut zu bestechen. Gesanglich zeigte der Künstler eine bemerkenswerte Sicherheit; hingegen war die Darstellung zu unruhig, die Gesten und Bewegungen wenig abgerundet. Ein voller Ersatz für Herrn Langefeld, der den Wotan zu seinen besten Partien zählt, ist demnach de Garmo nicht. Unwillkürlich drängt sich uns die Frage auf: gibt es denn an kleineren Bühnen keine Talente mehr, die wir für Lübeck gewinnen könnten? Müssen wir wirklich mit der dritten Garnitur der Großstädte fürlieb nehmen? Die Walküren machten ihre Sache so, wie man es nach den ungenügenden Proben erwarten konnte. Herr Oberregisseur Beyer hatte der „Walküre" den entsprechenden Rahmen verliehen. Als feinsinniger musikalischer Leiter des Riesenwerkes bewährte sich Herr Kapellmeister Pfeiffer.

P. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 3. Februar.

Bauern-Butter Pfd. 1,40—1,45 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,55—1,60, Hasen 3—3,50 Mk., Enten 4,00—4,50 Mk. Hühner 2,00—2,80 Mk., Küken Stück 2,00—2,80 Mk., Tauben Stück 0,60—0,70 Pf., Gänse Pfd. 0,65—0,00 Mk., Flickgans 2 Mk., Schinken Pfd. 0,85—0,95 Mk., Schweinskopf Pfd. 50—60 Pfg., Wurst Pfd. 1,20—1,40, Eier Stück 11-12 Pfg., Heringe 2 10 Pfg., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg. Karpfen Pfd. 1 00 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk. Schleie 1,40—1,60 Mk., Brachsen 40—60 Pf., Hechte Pfd. 70—80 Pf., Barsche Pfd. 50—60 Pfg., Aal Pfd. 0,70—1,00 Mk. Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg. Blumenkohl d. Kopf 0,30—0,50 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken, 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. Mk., Kirschen Pfd. — Pfg., Kartoffeln neue 10 Pfd. 50—70 Pf., Aland Pfd. — Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 3. Februar.

Weizen, 129—133 Pfd. holl. 205—209 Mk. **Roggen** 123—126 Pfd., holl. 190—194 Mk., **Gerste**, nach Qualität 190—200 Mk. **Hafer**, nach Qualität, 195—200 Mk. alter — Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Literarisches.

Gegen die Schundliteratur! Daß die Bestrebungen unserer Partei zur Verdrängung der Schundhefte, wie sie massenhaft in den Wohnungen der Arbeiter geduldet wurden und noch werden, von gutem Erfolge begleitet sind, zeigt das immer größere Interesse, welches die arbeitende Bevölkerung der im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H. Berlin SW. 68 erscheinenden Wochenschrift „In Freien Stunden" entgegenbringt. „In Freien Stunden", als guter Ersatz für die schlechte Literatur geschaffen, bringt stets nur die besten Romane, Novellen, Skizzen, Humoresken usw. zum Abdruck. Gegenwärtig erscheint als Hauptroman Emile Zolas bedeutendes soziales Werk „Germinal". Die packenden Szenen dieses Romans hat der bekannte Münchener Künstler Josef Damberger durch lebenswahre Zeichnungen den Lesern besonders nahe gebracht. Da auch der übrige Inhalt der einzelnen Hefte stets abwechslungsreich und interessant ist, können wir die Lektüre der Wochenschrift „In freien Stunden" unsern Lesern durchaus empfehlen. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pfg. Die Zeitungsträger bringen „In Freien Stunden" ohne Erhebung einer besonderen Zustellungsgebühr in die Wohnung der Abonnenten. Neu hinzutretende Leser können die bereits erschienenen Hefte nachgeliefert erhalten. Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen, Spediteure und Kolporteure entgegen.

Die Aufgaben der Gemeindeverwaltungen in der Sozialgesetzgebung. Von Friedrich Kleeis, Berlin 1912. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H. Berlin SW. 68. Preis 1,— Mk. Vereinsausgabe 40 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. Die als Heft 13 des Sammelwerks „Sozialdemokratische Gemeindepolitik" erschienene Abhandlung dürfte nicht nur den Gemeindevertretern, sondern auch den Arbeitersekretären ein wertvoller Wegweiser durch das weitverzweigte Gebiet der Sozialpolitik sein. Der Verfasser beschränkt sich naturgemäß auf den Teil der Sozialgesetzgebung, deren weiterer Ausbau den Gemeinden möglich ist. So erläutert er u. a. eingehend die Aufgaben der Gemeinden auf dem Gebiete der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung auf Grund der R. V. O., ihre Mitwirkung am Arbeiterschutz nach der Gewerbeordnung, Mithilfe am Kinderschutz und die gewerbliche Rechtsprechung. Wie die früher erschienenen, so wird auch dies neueste Heft der Sammlung unseren tätigen Parteigenossen die Ausübung ihrer Ämter wesentlich erleichtern und sie zu immer neuen Anregungen anspornen.

Prächtige Beethoven-Bilder bringt die „Neue Musik-Zeitung" (Stuttgart) in Heft 7, zugleich mit einer feinsinnigen Besprechung des neuen Bekkerschen Beethoven-Buches von Paul Marsop. Interessant und beachtenswert ist der Artikel Allerlei Bach-Fragen von Professor Otto Urbach, amüsant die Memoiren (Fortsetzung) von Edmund Singer. Aus dem textlich reichhaltigen Heft 8 seien die Erläuterungen zu Klavierabenden von Prof. Dr. Karl Fuchs und ein Aufsatz: Ein Meister der Harfe, Wilhelm Posse und seine Beziehungen zu Franz Liszt von Dr. Eckertz hervorgehoben. Ein reizendes Tanzstück von Kamillo Horn liegt Heft 7, ein Violinstück von Hugo Rückbeil und ein Lied von Mary de Moetfirchet Heft 8 bei. Die „Neue Musik-Zeitung" ist jedem gebildeten Laien als wertvoller, ja unentbehrlicher Ratgeber in musikalischen Dingen zu empfehlen. Probehefte versendet kostenlos an jede Adresse der Verlag von Carl Grüninger in Stuttgart.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.